

ARBEIT

BEWEGUNG

GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN 2023/II

**SCHWERPUNKT
TÖCHTER IHRER KLASSE?**

Mit Beiträgen von
*Thomas Höpel, Christina Engelmann,
Kena Stüwe, Robert Sobota, Marleen Buschhaus*



METROPOL

ISSN: 2366-2387

Impressum

ISSN: 2366-2387 ISBN: 978-3-86331-706-5
E-Book: 978-3-86331-878-9

Herausgeber:

© Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.,
Weydingerstr. 14–16, D–10178 Berlin

Verlag:

Metropol Verlag,
Ansbacher Str. 70, D–10777 Berlin,
www.metropol-verlag.de
veitl@metropol-verlag.de

Redaktion: Eric Angermann, Fabian
Bennewitz, Vera Bianchi (V. i. S. d. P.),
Dr. Marcel Bois, Dr. Holger Czitrich-
Stahl, Jule Ehms, Minas Hilbig, Janik
Hollnagel, Anna Horstmann, Bernd
Hüttner, Leonie Karwath, Dr. Dietmar
Lange, Katja Reuter, Kai Richarz, Lukas
Rosenberg, Anja Thuns, Dr. Axel Weipert

Gastredakteur:innen: Prof. Dr. Jana
Günther, Vincent Streichhahn
Weydingerstraße 14–16, D–10178 Berlin
www.arbeit-bewegung-geschichte.de
redaktion@arbeit-bewegung-geschichte.de

Für Buchbesprechungen:
buchbesprechungen@arbeit-bewegung-
geschichte.de

„Arbeit – Bewegung – Geschichte“
erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai,
September) im Metropol Verlag Berlin
im Gesamtumfang von ca. 600 Seiten.
Jahresabonnement 39,- € (Inland)
bzw. 49,- € (Ausland), einschl. Porto;
Einzelheftpreis 14,- €, zzgl. Porto.
Das Abonnement verlängert sich zu den

jeweils geltenden Bedingungen um ein
Jahr, wenn es nicht zwei Monate vor
Jahresende schriftlich gekündigt wird.

Bestellungen, Vertrieb und

Anzeigenannahme: Metropol-Verlag

Die in „Arbeit – Bewegung – Geschichte“
veröffentlichten Texte sind urheberrecht-
lich geschützt. Es erscheinen nur Beiträge,
die nicht anderweitig zur Veröffentlichung
angeboten wurden oder bereits publiziert
sind (Druck und Internet). Wird ein
Manuskript zur Publikation angenommen,
gehen die Veröffentlichungsrechte an den
Herausgeber, auch für eine Online-
Publikation auf der Website der Zeitschrift.
Manuskripte (nur letzte Fassungen)
können per E-Mail, vorzugsweise als
Word-Datei, bei der Redaktion eingesandt
werden. Beiträge sollten 50 000, Berichte
10 000 und Buchbesprechungen
8000 Zeichen nicht überschreiten
(inkl. Fußnoten und Leerzeichen). Die
Redaktionsrichtlinien sind auf unserer
Website abrufbar. Namentlich gezeichnete
Beiträge geben nicht die Meinung der
Redaktion wieder. Beiträge für die
Zeitschrift werden nicht honoriert.
Hefte bis einschl. Jahrgang 2015 können –
soweit noch vorhanden – über die
Redaktion bestellt werden.

Satz: Metropol Verlag

Druck: Arta Druck, Berlin

Unterstützendes Korrektorat:

Hildegard Fuhrmann, Sophie Schmäing

Redaktionsschluss: 1. 4. 2023

Inhalt

7 *Vera Bianchi/Anja Thuns*: Editorial

Schwerpunkt: Töchter ihrer Klasse?

- 11 *Jana Günther/Vincent Streichhahn*: „Töchter ihrer Klasse?“
Zur proletarischen Frauenbewegung in der Forschung
- 21 *Thomas Höpel*: Die proletarische Frauenbewegung in Leipzig 1890–1933.
Eine eigenständige feministische Bewegung
- 43 *Christina Engelmann*: „Befreiung aller Ausgebeuteten“.
Zur Entwicklung neuer Geschlechterrollen und politischer
Organisationsformen in der proletarischen Frauenbewegung
- 65 *Kena Stüwe*: „... daß die Freiheit des Weibes die Grundlage aller
menschlichen Befreiung ist“ – Anarchistinnen zwischen Systemkritik
und Frauenfrage
- 87 *Robert Sobota*: Der Jenaer Hausfrauenrat 1919–1921:
Ein Rat der sozialen Reproduktion während der deutschen Revolution?
- 109 *Marleen Buschhaus*: Kolonialismus und Emanzipation.
Die sozialistische Frauenbewegung und die koloniale Ideologie
in der Zeitschrift „Die Gleichheit“ 1892–1919

Geschichtskultur

- 134 *Manfred Mugrauer*: Alfred Klahr Gesellschaft. Verein zur Erforschung
der Geschichte der Arbeiterbewegung (Wien)

- 138 *Trille Schünke-Bettinger/Margit Hildebrandt*: „Aus Anstand“ Antifaschistinnen. Digitale Erinnerung an Berlinerinnen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Berichte

- 144 *Yves Müller*: Antifaschismus im 21. Jahrhundert
Hempstead/New York, 2./3. November 2022
- 150 *Axel Weipert*: Mieterproteste und sozialer Wohnungsbau in Berlin – eine unendliche Geschichte?
Tagung des August Bebel Institut (ABI), Berlin, 3. Dezember 2022

Buchbesprechungen

- 154 Redaktionskollektiv aus dem Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Feministische Theorie nur mit feministischer Solidarität. Texte für Gisela Notz (*Kena Stüwe*)
- 155 Katharina Volk (Hrsg.): Alexandra Kollontai oder: Revolution für das Leben (*Hella Hertzfeld*)
- 158 Ronald Friedmann: Sabo. Das kurze Leben der Kommunistin Elise Ewert (*Holger Czitrich-Stahl*)
- 161 Christopher Wimmer: Lumpenproletariat. Die Unterklassen zwischen Diffamierung und revolutionärer Handlungsmacht (*Harald Rein*)
- 163 Eric Blanc: Revolutionary Social Democracy. Working-Class Politics Across the Russian Empire (1882–1917) (*Lutz Häfner*)
- 166 Jürgen Seul (Hrsg.): Erich Knauf. Donner über der Adria. Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schober (*Thilo Scholle*)
- 169 David Featherstone/Christian Høgsbjerg (Hrsg.): The Red and the Black. The Russian Revolution and the Black Atlantic (*Frank Jacob*)

- 171 Roberto Villa García: 1917. El Estado catalán y el soviet español
(*Reiner Tosstorff*)
- 174 Juan Dal Maso: Hegemony and Class Struggle. Trotsky, Gramsci and
Marxism (Marx, Engels, and Marxisms) (*Marco Helmbrecht*)
- 177 Walter Mühlhausen: Hessen in der Weimarer Republik.
Politische Geschichte 1918–1933 (*Herbert Bauch*)
- 180 Udo Grashoff: Gefahr von innen. Verrat im kommunistischen Wider-
stand gegen den Nationalsozialismus (*Andreas Herbst*)
- 183 Bernd Schimmler: Zwischen Humboldthain und den Rehbergen.
Die Geschichte der Sozialdemokratie im „roten Wedding“ von Berlin
(*Dietmar Lange*)
- 185 Willi Carl/Martin Gorholt/Sabine Hering (Hrsg.): Sozialdemokratie
in Brandenburg (1933–1989/90). Lebenswege zwischen Widerstand,
Vereinnahmung und Neubeginn (*Michael Kitzing*)
- 187 Peter Donath/Annette Szegfü: „Wir machen Stoff“.
Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung 1949–1998 (*Alicia Gorny*)
- 190 Detlef Siegfried: Bogensee. Weltrevolution in der DDR 1961–1989
(*Sarah Binz*)
- 193 Yves Müller (Hrsg.): Reiner Zilkenat. Historiker, Didaktiker, Aufklärer.
Ausgewählte historische Beiträge mit Erinnerungen von Weggefährten
sowie einem Nachwort von Peter Brandt (*Claus Kristen*)
- 195 Robert Ovetz (Hrsg.): Workers' Inquiry and Global Class Struggle.
Strategies, Tactics, Objectives (*Hendrik Heetlage*)
- 198 Andreas Exner: Ökonomien der Gabe. Frühsozialismus, Katholische
Soziallehre und Solidarisches Wirtschaften (*Gabriel Rolfes*)
- 202 Christa Hübner (1951–2022): Ein Nachruf
- 205 Abstracts
- 209 Autor:innen
- 210 Wissenschaftlicher Beirat

Editorial zum Schwerpunkt „Töchter ihrer Klasse?

Die proletarische Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik“

Vera Bianchi/Anja Thuns

Louise Michel, Lehrerin, Autorin und Aktivistin der Pariser Kommune von 1871, verdeutlichte bereits 1886, dass die Unterdrückung von Frauen sowohl auf Grundlage der Klasse als auch des Geschlechtes erfolgte: „Sklave ist der Proletarier, Sklave aller Sklaven ist die Frau des Proletariers.“¹ Dies ist besonders bemerkenswert angesichts der Tatsache, dass sich zu dieser Zeit durch Marx' und Engels' wissenschaftlichen Sozialismus die sozialistische Arbeiterbewegung von der feministischen frühsozialistischen Bewegung entfernte. Gleichzeitig verbürgerlichte die Frauenbewegung durch den Kampf um rechtliche Gleichberechtigung und Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit. Somit vollzog sich eine Trennung der Emanzipationsbewegungen nach Klassenzugehörigkeit und Geschlecht.

Michels Analyse entstand knapp 100 Jahre, bevor Kimberlé Crenshaw für die Wechselwirkungen und Überschneidungen unterschiedlicher Diskriminierungen und Ausbeutungen den Begriff Intersektionalität prägen sollte. Diesem intersektionalen Zugang haben wir bereits das Schwerpunktheft „Klasse und Geschlecht“ (2019/III) gewidmet, in welchem auf eine zeitliche und regionale Eingrenzung der Beiträge verzichtet wurde, um von einem umfassenden Blick auf die Frauenbewegung zu profitieren.

In dem vorliegenden Schwerpunkt „Töchter ihrer Klasse?“ wenden die Autor:innen diese intersektionale Betrachtungsweise auf eine personell und zeitlich enger zugeschnittene Gruppe an: die proletarische Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik.

Historiker:innen und Aktivist:innen betrachteten die Unterdrückungskategorien Geschlecht und Klasse in ihren jeweils wissenschaftlichen oder politisch-tradierten Beiträgen häufig getrennt voneinander. Dies führte dazu, dass

1 Louise Michel: Memoiren. Erinnerungen einer Kommunardin. Münster 2017, S. 92.

vorhandene inhaltliche Überschneidungen im Engagement „der Arbeiterbewegung“ und „der Frauenbewegung“ in der Forschung oft nicht abgebildet wurden. Im vorliegenden Band wird jedoch eine Perspektive eingenommen, die (im Gegensatz zur „klassischen“ Forschung) einerseits die Frauenbewegung nicht in vermeintlich klar voneinander abgegrenzte Gruppierungen aufteilt, andererseits nicht blind für klassistische Diskriminierung und unterschiedliche ökonomische Hintergründe der Protagonistinnen ist. Die Sozialwissenschaftler:innen Jana Günther und Vincent Streichhahn unterstützten die redaktionelle Arbeit an diesem räumlich und zeitlich enger gefassten Themenheft. Der Schwerpunkt beginnt mit einem Forschungsüberblick der beiden Gastredakteur:innen, welche damit zu den einzelnen Beiträgen des Heftes überleiten.

Das Heft wird vervollständigt durch zwei Tagungsberichte, zwei Vorstellungen von geschichtspolitischen Initiativen in der Rubrik Geschichtskultur sowie einem wie gewohnt umfassenden Rezensionsteil, der sich insbesondere mit Neuerscheinungen zu den proletarischen Frauenbewegungen und deren Aktivist:innen befasst.

Auch ein Nachruf auf unsere langjährige Redakteurin Christa Hübner ist Teil dieses Heftes – sie wird der Redaktion unserer Zeitschrift mit ihrer Erfahrung und ihrer zugewandten Art fehlen. Ihrem Andenken möchten wir diese Ausgabe von „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ widmen.

Schwerpunkt: „Töchter ihrer Klasse?“

„Töchter ihrer Klasse?“

Zur proletarischen Frauenbewegung in der Forschung

Jana Günther/Vincent Streichhahn

Unter dem Begriff proletarische Frauenbewegung werden gemeinhin Aktivistinnen unter dem Dach der Sozialdemokratie sowie der freien Gewerkschaften gefasst. Während deren historischer Kern im Kampf von Arbeiter*innen um politische, ökonomische und soziale Gleichberechtigung und Emanzipation in der späten deutschen Kaiserzeit und der Weimarer Republik liegt, fand die Intensivierung ihrer Erforschung vorrangig in der Bundesrepublik der 1970er- und 1980er-Jahre statt. Als herausragend sind hier Autor*innen wie Elisabeth Haarmann, Heinz Niggemann, Sabine Richebächer oder Werner Thönnessen zu nennen.¹ Auffallend ist außerdem, dass einige der umfassendsten und frühen Untersuchungen zur proletarischen Frauenbewegung aus der Feder angloamerikanischer Autor*innen wie Richard Evans und Jean Quataert stammen.² In der DDR wiederum stand die Forschung in diesem Bereich unter staatssozialistischen Vorzeichen, was zu einer starken ideologischen Überformung der Forschung führte, die aber oftmals als Quellenreservoir nützlich ist.³

- 1 Elisabeth Haarmann: *Schwester zur Sonne zur Gleichheit. Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung*, Hamburg 1985; Heinz Niggemann: *Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus – Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich*, Wuppertal 1981; Sabine Richebächer: *Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890–1914*, Frankfurt a. M. 1982; Werner Thönnessen: *Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863–1933*, Frankfurt a. M. 1969.
- 2 Richard Evans: *Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich*, Bonn 1979; Jean H. Quataert: *Reluctant Feminists. Socialist Women in Imperial Germany, 1855–1917*, Princeton 1979.
- 3 Exemplarisch zeigen dies die Arbeiten von Fritz Staude, die auf einer breiten Materialgrundlage instruktive Hinweise u. a. über die Pariser Exilzeit Clara Zetkins aufzeigen, aber diese zugleich stets vor dem Hintergrund des Marxismus-Leninismus als Staatsideologie interpretieren und darstellen: Fritz Staude: *Clara Zetkin und die „Berliner Volks-Tribüne“*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 6 (1980), S. 880–893. Im Kontext der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ der Sektion Geschichte der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ in Leipzig

In der Folge hatte das Forschungsinteresse an diesem Gegenstand massiv abgenommen – woran auch die Jubiläen der 100-jährigen Ausrufung der Weimarer Republik oder der 150-jährigen Gründung des Deutschen Kaiserreichs in den letzten Jahren wenig geändert haben.⁴ Derzeit ist aber eine gewisse Renaissance in der Frauengeschichtsschreibung zu beobachten, die sich in prominenten Buchveröffentlichungen und verschiedenen Podcast- und Social Media-Projekten zeigt. In dieser erneuten Zuwendung des Themas kommt die proletarische Frauenbewegung jedoch nur am Rande vor.⁵ Zwar hat die jüngere Forschung bereits ihre Perspektiven erweitert, um der Heterogenität der Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich Rechnung zu tragen.⁶ Ein differenzierter Blick in das proletarische Frauenbewegungsspektrum in all seinen Facetten steht aber weiterhin aus.

Insgesamt lässt sich für den aktuellen Forschungsdiskurs eine problematische Tendenz ausmachen: Einige Forscher*innen lehnen die Tauglichkeit der kategorialen Einteilung in beispielsweise bürgerlich oder proletarisch zur Beschreibung der Bewegung ab. Sie argumentieren u. a., dass die Proletarierinnen sich nicht eigenständig, sondern unter dem Dach der Sozialdemokratie organisiert und in der Folge „Fraueninteressen“ den „Klasseninteressen“ untergeordnet hätten, weshalb sie nicht ohne Weiteres zur Frauenbewegung gerechnet werden können.⁷ Diese Perspektive verkennt nicht nur die sozialen und politischen Bedingungen

wurden zahlreiche solcher Untersuchungen in einer eigenen Zeitschrift (Mitteilungsblatt) veröffentlicht, wenngleich nicht alle der Autor*innen wie Fritz Staude vor dem Hintergrund einer fundierten Quellenbasis argumentieren.

- 4 Wenige der neueren Publikationen widmen sich der proletarischen Frauenbewegung ausführlicher. Dazu zählen: Uwe Fuhrmann: *Feminismus in der frühen Gewerkschaftsbewegung (1890–1914). Die Strategien der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen um Paula Thiede*, Bielefeld 2021; Jana Günther: *Fragile Solidaritäten. Klasse und Geschlecht in der britischen und deutschen Frauenbewegung*, Hamburg 2019; Vincent Streichhahn/Frank Jacob (Hrsg.): *Geschlecht und Klassenkampf. Die „Frauenfrage“ aus deutscher und internationaler Perspektive im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 2020.
- 5 Barbara Beuys: *Die neuen Frauen. Revolution im Kaiserreich 1900–1914*, München 2014; Hedwig Richter: *Demokratie - eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2020. Außerdem gibt es inzwischen einige Podcast-Projekte, die sich der Geschichte der Frauenbewegungen widmen, u. a. herstory, frauenvondamals oder frauabgeordnete.
- 6 Angelika Schaser/Sylvia Schraut: Einleitung. Die (fehlende) Historiographie zu den Frauenbewegungen in Europa, in: dies./Petra Steymans-Kurz (Hrsg.): *Erinnern, vergessen, umdeuten? Europäische Frauenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2019, S. 7 f.
- 7 Unter anderem: Angelika Schaser: *Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933*, Darmstadt 2006, S. 10 f.

des Deutschen Kaiserreiches, unter denen die Proletarierinnen sich zu organisieren gezwungen sahen,⁸ sondern zudem ist kritisch zu hinterfragen, warum Eigen- und Fremdbeschreibungen von Bewegungsakteur*innen als solche nicht ernst genommen werden. Insgesamt führte diese gegenwärtige Forschungstendenz gemeinhin dazu, die proletarischen Aktivistinnen aus der Bewegung herauszuschreiben bzw. zu marginalisieren.⁹

Die Zuspitzung des Beitrags auf die Frauenbewegungsgeschichte resultiert auch daraus, dass die proletarische Frauenbewegung und mit ihr Geschlechterfragen in der Arbeiterbewegungs- und Gewerkschaftsforschung lange Zeit durch eine klaffende – patriarchal zu deutende – Abwesenheit auffielen. Die Befunde der Frauen- und Geschlechterforschung, urteilte Kathleen Canning noch Anfang der 1990er-Jahre, hätten in der deutschen Historiografie der Arbeiterbewegung kaum Beachtung gefunden.¹⁰ Renommierte Bände zur Geschichte der Arbeiterbewegung¹¹ kommen ohne nennenswerte Verweise auf das politische Engagement der Proletarierinnen oder die konstitutive Bedeutung von Geschlechterverhältnissen für die Bewegung aus.¹² Die „weibliche Seite“ wurde in diesen „klassischen“ Arbeiten „sträflich vernachlässigt oder gar vollständig vergessen“.¹³ Das hat sich zwar inzwischen geändert, aber die Einbeziehung der proletarischen Frauenbewegung sowie von Geschlechterfragen geschieht häufig lediglich additiv in Exkurskapiteln.¹⁴

8 Günther, *Fragile Solidaritäten*, S. 119.

9 Ein konkretes Beispiel zur Auswirkung auf das Forschungsfeld ist ein prominenter Sammelband zum 100-jährigen Jubiläum des Frauenwahlrechts in Deutschland, welcher zwar für sich beansprucht, die Geschichte des Stimmrechts noch einmal neu zu erzählen, aber kein einziger Beitrag des Bandes hat die proletarische Frauenbewegung zum Gegenstand: Hedwig Richter/Kerstin Wolff (Hrsg.): *Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa*, Hamburg 2018.

10 Kathleen Canning: *Geschlecht als Unordnungsprinzip: Überlegungen zur Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung*, in: Hanna Schissler (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse im historischen Wandel*, Frankfurt a. M. 1993, S. 139–163.

11 Siehe die verschiedenen Beiträge in der Reihe „Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts“.

12 Eine herausragende Ausnahme bildet der 2021 verstorbene Bielefelder Historiker Thomas Welskopp: *Im Banner der Brüderlichkeit*, Bielefeld 2000, der die konstitutive Bedeutung von Geschlechterverhältnissen für die frühe deutsche Arbeiterbewegung untersuchte.

13 Claudia Opitz-Belakhal: *Geschlechtergeschichte. Historische Einführungen*, Bd. 8, Frankfurt a. M. 2018, S. 65–85, hier S. 75.

14 Unter anderem: Ralf Hoffrogge: *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Von den Anfängen bis 1914*, Stuttgart 2017, S. 87–96. Diese Entwicklung ist

Entgegen diesen Tendenzen thematisierte „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ das spannungsreiche Verhältnis zwischen „Klasse und Geschlecht“¹⁵ bereits vor ein paar Jahren. Ein Schwerpunkt des Themenheftes lag darin, wie proletarische Bewegungen mit klarem Fokus auf den Klassenkampf die sogenannte Frauenfrage aufgriffen bzw. wie sozialistische Protestbewegungen die Problematik der patriarchalen Ordnung auf ihre Agenda setzten. In Anknüpfung daran konzentriert sich das vorliegende Schwerpunktheft auf die Erforschung der proletarischen Frauenbewegung im Zeitraum des Deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik.

Die Frage nach den „Töchter(n) ihrer Klasse?“ stellt sich für uns an dieser Stelle metaphorisch in doppelter Hinsicht: Welche blinden Flecken lassen sich in der Erforschung zur Arbeiterbewegung oder vielmehr Arbeiter*innenbewegung ausmachen und auf welche Weise lässt sich das Engagement proletarischer Frauen sinnvoll in die historische Frauenbewegungsforschung einbetten?

Das Anliegen dieses Heftes sowie der vorliegenden Einleitung ist demnach, der Heterogenität der Bewegungsgeschichte Rechnung zu tragen und der proletarischen Frauenbewegung – jenseits ritualisierter Glorifizierung – zu ihrem Recht zu verhelfen.

„The Who is Who“ in der Frauenbewegung

Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle ein Spezifikum der deutschen Frauenbewegung: Die Akteurinnen führten bereits in der Phase der Etablierung Debatten darüber, wer zur Frauenbewegung gehörte und wer nicht, d. h. es sind ausdrücklich „Geschichtsdeutungen aus den Frauenbewegungen selbst“, die eine „wichtige Grundlage für die Geschichtsschreibungen“¹⁶ lieferten. Prozesse der sozialen Ausschließung¹⁷ sind also folgerichtig Teil der Bewegungsgeschichte

auch in den neueren Bänden in der Reihe „Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts“ zu beobachten.

15 Schwerpunkt: Klasse und Geschlecht, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien 18 (2019), H. 3.

16 Kirsten Heinsohn: Erinnerungskulturen der deutschen Frauenbewegungen, in: Stefan Berger/Wolfgang Jäger/Ulf Teichmann (Hrsg.): Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur?, Bielefeld 2022, S. 127.

17 Heinz Steinert: Soziale Ausschließung. Produktionsweisen und Begriffs-Konjunkturen, in: Daniela Klimke (Hrsg.), Exklusion in der Marktgesellschaft, Wiesbaden 2008, S. 22.

selbst. Durch die von den Aktivistinnen der Konfliktparteien betriebene Geschichtsschreibung bzw. Erinnerungspolitik¹⁸ der Bewegung und Bewegungsorganisationen schrieben sich die Grenzziehungen auf Grundlage der Klassenfrage fest und manifestierten sich auch in der Forschung zur Frauenbewegungsgeschichte. In den Frauenbewegungen und von Frauen getragenen Protesten des Deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik spielte der Konflikt bzw. die „reinliche Scheidung“¹⁹ zwischen dem Aktivismus bürgerlicher und proletarischer Aktivistinnen²⁰ eine nicht zu unterschätzende Rolle, wie die Forschung nicht müde wird zu betonen. Zugleich führte dies, in ihrer historischen Fortschreibung innerhalb der Frauenbewegungsgeschichte, zu einer Marginalisierung proletarischer Frauenbewegungen. Die Tradierung dieses Narratives verstellte den Blick u. a. auf strömungsübergreifende Annäherungsversuche und Projekte, die deshalb in der Forschung nur selten thematisiert wurden.²¹

In der Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte wurde das Engagement sozialistischer und kommunistischer Frauen lange Zeit gänzlich ausgespart oder findet sich eher am Rande.²² Wenngleich Autor*innen wie Emma Ihrer, Lily Braun, Clara Zetkin, August Bebel oder Robert Michels – um nur einige zu nennen – zu Chronist*innen der Bewegung wurden,²³ lässt sich keine Kontinuität in der Rezeption proletarischer Frauenbewegung(en) in der Arbeiter(bewegungs)geschichte oder der Frauenbewegungsgeschichte feststellen.

Die „Eigengeschichtsschreibung“ der bürgerlichen Frauenbewegung verlief – beginnend im Deutschen Kaiserreich – kontinuierlicher, systematischer und

18 Exemplarisch anzuführen seien hier: Gertrud Bäumer: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, in: dies./Helene Lange (Hrsg.): Die Geschichte der Frauenbewegung in den Kulturländern, Berlin 1901, S. 1–210; Lily Braun: Die Frauenfrage, ihre geschichtliche Entwicklung und wirtschaftliche Seite, Leipzig 1901; Emma Ihrer: Die Organisationen der Arbeiterinnen Deutschlands, ihre Entstehung und Entwicklung, Berlin 1893; Agnes von Zahn-Harnack: Die Frauenbewegung. Geschichte, Probleme, Ziele, Berlin 1928.

19 Clara Zetkin: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart, Berlin 1889, S. 63.

20 Ähnliche Konfliktlinien lassen sich für Österreich, Russland und Italien ausmachen.

21 Gerade innerhalb der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung gab es immer wieder Bestrebungen und Solidaritätsbekundungen, die sich nicht von der Hand weisen lassen: Anne-Laure Briatte: Bevormundete Staatsbürgerinnen, Frankfurt a. M. 2020, S. 157 f.

22 Eine Ausnahme bildet Gisela Losseff-Tillmanns: Frauenemanzipation und Gewerkschaften, Bochum 1975.

23 Adeline Berger: Die Zwanzigjährige Arbeiterinnenbewegung Berlins und ihr Ergebnis, Berlin 1889; Emma Ihrer: Die Organisationen der Arbeiterinnen Deutschlands 1892; Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1928.

umfassender als bei der sozialistischen und sozialdemokratischen.²⁴ Das ist nicht verwunderlich, da Schreiben und damit „Bleiben“, d. h. konkrete und strategische Politiken des Erinnerns – aus dezidiert intersektionaler Perspektive –, einen Prozess darstellen, der einen privilegierten Status voraussetzt. Aktivistinnen der bürgerlich gemäßigten wie auch radikalen Bewegung verfügten – um historisierend Pierre Bourdieu heranzuziehen – nicht nur über mehr ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital. Sie konnten ihre Kapitalarten, trotz dessen sie aufgrund ihres Geschlechts in der bürgerlichen Sphäre diskriminiert wurden, dennoch besser in symbolische Macht und damit Sichtbarkeit²⁵ übertragen.

In der „Eigengeschichtsschreibung“ der verschiedenen Flügel der Frauenbewegungen des Kaiserreichs wird deutlich, dass jene sich weitgehend mit den Selbstbeschreibungen radikal, gemäßigt und sozialdemokratisch, sozialistisch bzw. proletarisch identifizierten.²⁶ Diese Zuschreibungen finden sich in den zeitgenössischen Quellen wieder und dienten sowohl als Eigen- als auch als Fremdbeschreibungen in dieser Zeit, weshalb sie von Forschenden nicht unreflektiert verwendet werden sollten,²⁷ um spezifische historische Entwicklungen und Dynamiken nicht zu verkennen. Dennoch besitzen diese Kategorien eine gewisse Erklärungskraft.

Nicht zuletzt durch den Nationalsozialismus war die Rezeption der deutschen Frauenbewegungen nicht nur lange Zeit unterbrochen, sondern die Geschichte selbst geriet in Vergessenheit. Erst mit der zweiten Welle der Frauenbewegung im Zuge der 68er-Bewegungen kam es zu einer Art „Wiederentdeckung“ der Frauenbewegungsgeschichte bzw. zur Überwindung einer „Amnesie“, wie es Karen Offen für den europäischen Feminismus dieser Zeit beschreibt.²⁸ Von den anfangs überwiegend marxistisch geprägten Aktivistinnen der autonomen Frauenbewegung wurde die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in

24 Helene Lange/Gertrud Bäumer: Handbuch der Frauenbewegung, Bd. I–II, Berlin 1901–1906; Helene Lange: Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen, Leipzig, 1914; Zahn-Harnack: Frauenbewegung; Heinsohn, Erinnerungskulturen, S. 128.

25 Jana Günther: Protest as Symbolic Politics, in: Kathrin Fahlenbrach/Martin Klimke/Joaachim Scharloth (Hrsg.): Protest Cultures. A Companion, New York/Oxford 2016, S. 55.

26 So finden sich diese Selbstbeschreibungen in den angeführten Zeugnissen der verschiedenen Flügel von Berger, Ihrer und Zetkin sowie im Handbuch der Frauenbewegung von Bäumer und Lange. Verwiesen sei an dieser Stelle noch auf Else Lüders: Der „linke Flügel“. Ein Blatt aus der Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Berlin 1904.

27 Schaser/Schraut, Einleitung, S. 15.

28 Karen Offen: European Feminism 1700–1950. A Political History, Stanford 2000, S. 3.

Abgrenzung zu den bürgerlichen Vertreterinnen, die als konservativ oder gar reaktionär abgetan wurden, wiederentdeckt.

In der Institutionalisierung der Frauenforschung an den Hochschulen in den 1970er- und 1980er-Jahren dominierte das Konzept der Frauengeschichte (*Herstory*) die feministische historische Forschung. Herrschaftsverhältnisse sollten durch das Prinzip der Parteilichkeit und einer „Sicht von unten“ sichtbar gemacht werden, weshalb auch Klassenverhältnisse expliziter Bestandteil der politischen wie wissenschaftlichen feministischen Auseinandersetzungen jener Zeit waren. Durch diese zunehmende Überwindung der „Amnesie“ wurden neue Wissensbestände zur alten Frauenbewegung produziert und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die voranschreitende Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung an den Universitäten ab den 1990er-Jahren führte nach unserer Beobachtung zu einer Schließung in Richtung des politischen linken Bewegungsspektrums und den damit verbundenen Interessen an Klassenfragen in der Forschung.²⁹ Zwar finden sich einzelne detaillierte Studien zur Alltagsgeschichte von Fabrikarbeiterinnen und Dienstbotinnen,³⁰ aber in der Geschlechterforschung sowie -geschichte wendeten sich Forscher*innen zunehmend poststrukturalistisch und -modern gerahmten Fragestellungen zu, die die in den Geschichts- und Sozialwissenschaften historisierten und unhinterfragten Großkategorien wie „Klasse“, „Arbeiter“, „die Arbeiterbewegung“, „die Frauenbewegung“ usw. kritisch reflektierten.³¹

Ende der 1990er und Anfang der 2000er gewannen auch im deutschsprachigen Raum neue feministische Strömungen und Ungleichheitstheorien an Relevanz, die Diskriminierung und Machtverhältnisse aus intersektionaler

29 Vincent Streichhahn/Jana Günther: Wer war die Frauenbewegung im Kaiserreich – und wenn ja, wie viele? Ein Plädoyer für die Anerkennung und Erforschung des proletarischen Flügels der Bewegung, in: *Zeitgeschichte-online*, 2021, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/wer-war-die-frauenbewegung-im-kaiserreich-und-wenn-ja-wie-viele> [1. 3. 2023].

30 Karen Hagemann: *Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990; Karin Orth: „Nur weiblichen Besuch“. *Dienstbotinnen in Berlin 1890–1914*, Frankfurt a. M. 1993.

31 Joan W. Scott: *Gender. A Useful Category of Historical Analysis*, in: *The American Historical Review* 91 (1986), H. 5, S. 1053–1075; Joan Wallach Scott: *The Fantasy of Feminist History*, Durham 2012. Kritisch dazu: Ute Gerhard: *Kommentar zu Joan W. Scott*, in: *Feministische Studien* 19 (2001), H. 2, S. 89–94. Und weiterführend: Rita Casale/Barbara Rendtorff (Hrsg.): *Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung*, Bielefeld 2008.

Perspektive analysierten und damit Klassenfragen³² – zumindest in den Sozial- und Kulturwissenschaften – wieder ins interdisziplinäre Boot holten.

In der Forschungspraxis wurde die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung durch diese Entwicklung zunehmend an den Rand gedrängt. Dabei ist die neuere Forschung auf dem Gebiet der Frauenbewegungsgeschichte explizit darum bemüht, die Heterogenität der Bewegung zu betonen. Doch diese Tendenz zur Ausdifferenzierung, die auch die konfessionellen Frauenbewegungen miteinbezieht und die Facetten der bürgerlichen Bewegung genauer ausleuchtet, scheint die proletarische Frauenbewegung kaum zu berühren, da ihr die Zugehörigkeit zur Bewegung von Teilen der gegenwärtigen Forschung zum Teil abgesprochen wird.

Beiträge des Schwerpunktheftes

Für Autor*innen des vorliegenden Schwerpunktheftes steht die Zugehörigkeit der Proletarierinnen zur Frauenbewegung nicht zur Disposition. Vielmehr leuchten sie diese in verschiedener Hinsicht genauer aus. Gerade Lokalstudien sind in Bezug auf die proletarische Frauenbewegung noch eine Seltenheit. Mit wenigen Ausnahmen bspw. zu München³³ oder Hamburg³⁴ weisen die bisherigen Arbeiten häufig eine breitere Betrachtung der gesamten proletarischen Frauenbewegung in Deutschland auf. Mit den Arbeiten von Thomas Höpel und Robert Sobota finden sich gleich zwei lokale Untersuchungen im Heft.

Thomas Höpel weist in seiner Lokalstudie zur proletarischen Frauenbewegung in Leipzig – entgegen der oben beschriebenen Annahme weiter Teile der gegenwärtigen Forschung – nach, dass es sich durchaus um eine eigenständige feministische Bewegung gehandelt hat. Materialgesättigt und in vergleichender Perspektive auf die bürgerlichen Aktivistinnen demonstriert die Studie, wie auf lokaler Ebene unterschiedliche Feminismen hinsichtlich der Aktivitäten und Zielsetzungen miteinander konkurrierten.

32 Kimberle Crenshaw: Mapping the Margins. Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color, in: Stanford Law Review 43 (1991), H. 6, S. 1241–1299.

33 Christiane Sternsdorf-Hauck: Brotmarken und rote Fahnen. Frauen in der bayrischen Revolution und Räterepublik 1918/19, Frankfurt a. M. 1989.

34 Andrea Klein: Frauenemanzipation, Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Der Zentralverein der Frauen und Mädchen Deutschlands in Hamburg, 1892–1896, Hamburg 1989.

Die Forschung zum Rätssystem im Kontext der deutschen Novemberrevolution kam lange Zeit ohne Bezug auf Frauen aus, die aufgrund ihrer geringen Beteiligung an den Räten offenbar als vernachlässigbar abgetan oder überhaupt nicht registriert wurden. Gerade in den letzten Jahren sind einige instruktive Arbeiten zu Frauen und Rätebewegung erschienen, die einerseits die konkrete Beteiligung sowie Diskussion um eine Integration von Frauen in das Rätssystem rekonstruieren³⁵ und andererseits eher metaperspektivisch auf die Grenzen und Möglichkeiten zur Integration von Frauen in das Forschungsfeld eingehen.³⁶

Anhand des Jenaer Hausfrauenrates (1919–1921) beschreibt *Robert Sobota* in seinem Beitrag ein konkretes Beispiel für die Integration von nicht erwerbstätigen Frauen in das Rätssystem. Die parteiunabhängigen Hausfrauen sowie Vertreterinnen von USPD und KPD organisierten sich in Jena mit dem Ziel, die konkreten Versorgungsnotstände zu lösen. Zugleich trat der Hausfrauenrat als Teil der lokalen Rätebewegung auf, womit ein politischer Anspruch verbunden war. Für Sobota stellt der Hausfrauenrat in Jena ein Modell der Integration der sozialen Reproduktion in das Rätssystem dar, wie es zeitgenössisch von den sozialistischen Akteurinnen diskutiert wurde.

Das spannungsreiche Feld der Arbeiter- und Frauenbewegung³⁷ beleuchtet *Christina Engelmann*. In ihrem Beitrag analysiert sie auf Grundlage der verschiedenen von Clara Zetkin herausgegebenen Zeitschriften den Beitrag der proletarischen Frauenbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung. Das Material reicht über die „Gleichheit“ bis hin zur Zeitschrift „Die Kommunistische Fraueninternationale“. Engelmann zeigt, wie die Sozialdemokratinnen die sozial dominierenden Geschlechterrollen infrage stellten, eigene politische Räume und Organisationsformen für Frauen erkämpften und neue Modelle der Bildungs- und Organisationsarbeit praktisch erprobten. Dabei knüpft sie an bestehende Forschungsarbeiten an, weist jedoch äußerst materialgesättigt und aufgrund der zeitlichen Spanne über die bisherigen Erkenntnisse hinaus.³⁸

35 Axel Weipert: „Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte“? Konzepte und Praxen von Frauen in der Rätebewegung 1918–1920, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, 2018, H. 73/74, S. 40–47.

36 Anja Thuns: Alle Macht den Räten! Keine Macht den Frauen? Zur Geschlechtergeschichte der Rätebewegung 1918/19, in: Streichhahn/Jacob (Hrsg.): Geschlecht und Klassenkampf, S. 93–120.

37 Vincent Streichhahn/Frank Jacob: „Frauenfrage“ und Arbeiterbewegung – ein ambivalentes Verhältnis, in: dies. (Hrsg.): Geschlecht und Klassenkampf, S. 11–24.

38 Damit knüpft sie in produktiver Hinsicht u. a. an die Arbeiten von Mirjam Sachse an: Von „weiblichen Vollmenschen“ und Klassenkämpferinnen – Frauengeschichte und

Das Engagement zahlreicher Frauen in der anarchistischen Arbeiter*innenbewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik fristete lange Zeit ein Schattendasein in der Forschung. Zwar sind in den vergangenen Jahren einige instruktive Arbeiten zu dem Thema erschienen, aber hinlänglich ausgeleuchtet ist das Feld keineswegs.³⁹ *Kena Stüwe* zeigt entlang von Zeitungsartikeln, Broschüren und Zeitschriften, wie die anarchistischen Aktivistinnen die Unvereinbarkeit anarchistischer Paradigmen mit der ökonomischen, rechtlichen und politischen Schlechterstellung von Frauen betonten. Damit gehörten die Anarchistinnen zu den Akteurinnen, so Stüwe, die innerhalb der Arbeiterbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine feministische Politik (weiter-)entwickelten, die in den Veränderungen von Geschlechter- und Sorgebeziehungen ein revolutionäres Potenzial erkannte.

Eine weiterführende Perspektive nimmt *Marleen Buschhaus* ein, die das Verhältnis von proletarischer Frauenbewegung und Kolonialismus im Deutschen Kaiserreich genauer beleuchtet. Auf Grundlage der „Gleichheit“ zwischen 1892 und 1917 untersucht sie, inwiefern sich die koloniale Ideologie auch in der sozialistischen Strömung der frühen deutschen Frauenbewegung niedergeschlagen und mit ihren Argumentationen verwoben hat. Mit ihrem Artikel leistet Buschhaus einen Beitrag zur Entwicklung neuer Thesen und Forschungsfragen, wozu das vorliegende Schwerpunktheft nicht zuletzt anregen möchte.

Frauenleitbilder in der proletarischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ (1891–1923), Dissertation, Universität Kassel 2010.

39 Unter anderem: Jule Ehms: ‚Die Frauen haben also eine große Menschheitsaufgabe zu erfüllen‘. Frauen als Klassenkämpferinnen im Syndikalismus der Weimarer Republik, in: Streichhahn/Jacob (Hrsg.), *Geschlecht und Klassenkampf*, S. 136–153; Vera Bianchi: Der Syndikalistische Frauenbund zu Beginn der Weimarer Republik, in: *Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte*, 2018, H. 73/74, S. 72–96.

Die proletarische Frauenbewegung in Leipzig 1890–1933.

Eine eigenständige feministische Bewegung

Thomas Höpel

Die sich seit den 1970er-Jahren entwickelnde Frauen- und Geschlechtergeschichtsschreibung nahm zuerst die proletarische, dann verstärkt die bürgerliche Frauenbewegung ins Visier.¹ In der jüngeren Forschung wurde die Unterteilung in „bürgerliche“ und „proletarische“ Frauenbewegung zunehmend infrage gestellt. Angelika Schaser führt dafür einerseits an, dass die „proletarische“ Frauenbewegung sich in die sozialistische Arbeiterbewegung eingliederte, weshalb nur die „bürgerliche“ wirklich selbstständige feministische Organisationen hervorgebracht habe; andererseits hätten Frauen aus beiden Richtungen zum Teil gemeinsame Ziele verfolgt.² Das schließt an die zeitgenössische bürgerliche Argumentation an, wonach die proletarische Frauenbewegung Teil der Arbeiterbewegung und nicht unabhängig gewesen sei. Gisela Bock geht sogar davon aus, dass die Unterscheidung zwischen einer proletarischen und einer bürgerlichen Frauenbewegung eine Konstruktion sozialdemokratischer Aktivistinnen – vor allem Clara Zetkins – gewesen sei, die damit ihre Machtposition innerhalb der SPD zementieren wollten. Die meisten Mitglieder der sozialdemokratischen Frauenorganisation seien gar keine Arbeiterinnen, sondern nicht-erwerbstätige Arbeitererehfrauen gewesen; Geschlechterbeziehungen

- 1 Frühe Arbeiten zur proletarischen Frauenbewegung u. a.: Richard J. Evans: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin 1979; Heinz Niggemann: Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich, Wuppertal 1981; Sabine Richebächer: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890–1914, Frankfurt a. M. 1982. In der DDR: Hans-Jürgen Arendt/Fritz Staude: Forschungen zur Geschichte der Frauenbewegung, in: Historische Forschungen in der DDR 1970–1980, Berlin 1980, S. 707–719; Peter Kuhlbrodt: Die proletarische Frauenbewegung in Deutschland am Vorabend und während der Novemberrevolution, Diss., Leipzig 1981; Rainer Schilling: Die proletarische Frauenbewegung in Leipzig von 1890 bis 1908, Diss., Leipzig 1988.
- 2 Angelika Schaser: Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933, Darmstadt 2006, S. 3. Ähnlich zuvor Karen Offen: European Feminisms 1700–1950. A Political History, Stanford (CA) 2000, S. 164–170.

seien daher als „nicht-klassengesellschaftliche“ wahrzunehmen. Aufgrund der „Uneindeutigkeiten von Klasse und deren vielfache[n] und wandelbare[n] Verschränkungen mit der Kategorie Geschlecht“ plädiert Bock für den Begriff der „zivil(gesellschaftlich)en Frauenbewegung“.³ Dahinter verbirgt sich das Konzept einer letztlich im Kampf gegen die patriarchalische Herrschaft in der Gesellschaft einigee Frauenbewegung, deren Geschlossenheit in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts größere Fortschritte bei der Durchsetzung von Frauenrechten ermöglicht habe.

Im Folgenden wird am Beispiel der Großstadt Leipzig, der Wiege sowohl der organisierten deutschen Frauen- als auch der Arbeiterbewegung, überprüft, inwieweit die proletarische Frauenbewegung als eine eigenständige Bewegung mit spezifischen Zielen und Handlungsformen zu betrachten ist. Die Argumentation stützt sich auf die Auswertung umfangreicher Quellenbestände zur proletarischen Frauenbewegung und zur Arbeiterbewegung in Leipzig: auf Rechenschaftsberichte der SPD, USPD und KPD, auf Artikel der Leipziger Presse, auf Melde- und Überwachungsberichte der Leipziger Polizeibehörden, auf Wahlunterlagen der Stadt Leipzig sowie auf Protokolle der Stadtverordnetenversammlungen und der verschiedenen städtischen Ausschüsse.

Im ersten Teil werden Tätigkeit und Strategien von Frauen aus dem Umfeld der Leipziger SPD, ihre Forderungen nach mehr Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen und nach politischer Gleichberechtigung in der Stadt und innerhalb der SPD vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs analysiert. Der zweite Teil wendet sich den Frauen zu, die für die unterschiedlichen Arbeiterparteien in den städtischen Wahlkörperschaften Leipzigs während der Weimarer Republik aktiv waren. Es wird gezeigt, inwieweit sich Frauen aus der proletarischen Frauenbewegung in der traditionell männlich dominierten Geschlechterordnung des deutschen Parteien- und Regierungssystems sowie in den unterschiedlichen Arbeiterparteien behaupten konnten. Behandelt wird die Beteiligung der Frauen an politischen Entscheidungen in Leipzig und ihre politischen Spielräume innerhalb der im Stadtparlament vertretenen Arbeiterparteien.

3 Gisela Bock: *Geschlechtergeschichten der Neuzeit. Ideen, Politik, Praxis*, Göttingen 2014, S. 145–152.

I. Die proletarische Frauenbewegung in Leipzig bis zur Novemberrevolution 1918

Anders als in Preußen oder Bayern durften Frauen in Sachsen schon vor 1908 politische Vereine gründen oder bereits bestehenden Vereinen beitreten, was von der neueren Forschung zur Frauenbewegung, die häufig vor allem vom preußischen Fall ausging, weitgehend ignoriert wurde.⁴ Um die Tätigkeit sozialdemokratischer Vereine einzuschränken, nutzten die Behörden in Sachsen allerdings bis zum Jahre 1899 das Affiliationsverbot, nach dem sich politische Vereine nicht miteinander verbinden durften.⁵ Zudem mussten Frauen in Sachsen dispositionsfähig, das bedeutete volljährig und unverheiratet sein, um Vereine gründen oder Vereinen beitreten zu können. Waren sie dies nicht, benötigten sie eine Genehmigung des Ehemannes.⁶ 1898 versuchten die Konservativen im Landtag, das in Sachsen bestehende Vereinsrecht zu verschärfen. Durch das „kleine Sozialistengesetz“⁷ sollte Frauen und Minderjährigen per Gesetz die Mitgliedschaft in sozialdemokratischen und anarchistischen Vereinen verboten werden. Dagegen liefen in Leipzig und Dresden die Sozialdemokratinnen Sturm.⁸ Die Mobilisierung breiterer Bevölkerungsgruppen bewirkte, dass der in der zweiten Kammer des Landtages bereits angenommene Gesetzentwurf von der ersten Kammer abgewiesen wurde.⁹

4 Diese Generalisierung findet sich schon 1986 bei: Ute Frevert: *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*, Frankfurt a. M. 1986, S. 113, dann bei Ute Gerhard: *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*, München 2009, S. 58 und wurde bis 2018 fortgeschrieben, Kerstin Wolff: *Unsere Stimme zählt! Die Geschichte des deutschen Frauenwahlrechts*, Überlingen 2018, S. 85.

5 Das Affiliationsverbot wurde im Dezember 1899 durch ein Reichsgesetz abgeschafft: Alfons Hueber: *Das Vereinsrecht im Deutschland des 19. Jahrhunderts*, in: Otto Dann (Hrsg.): *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland*, München 1984, S. 115–132, hier S. 130.

6 Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen vom Jahre 1850, S. 264–270, Gesetz, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22sten November 1850.

7 Der sächsische Landtag orientierte sich bei seinem Gesetzentwurf am Entwurf des preußischen Staatsministeriums von 1897. Sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten bezeichneten ihn daher ebenfalls als „Kleines Sozialistengesetz“: Das Attentat der sächsischen Reaktionäre auf das Vereins- und Versammlungsrecht, in: *Die Gleichheit*, Nr. 26, 22. 12. 1897, S. 201 f., Aus der Agitation, in: ebenda, S. 205 f.

8 Aus der Agitation, in: ebenda, S. 205 f.

9 *Handbuch der Frauenbewegung*, hrsg. von Helene Lange und Gertrud Bäumer, 2. Bd., Berlin 1901, S. 151 f.

Da in Sachsen den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen erlaubt war, kam es bereits nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahr 1890 in Leipzig zur Aufnahme einer ganzen Reihe von Frauen in die SPD.¹⁰ Solche Aktivistinnen warben bei den Leipziger Arbeiterinnen für den Eintritt in die SPD.¹¹ Frauen gehörten seit 1890 auch dem sozialdemokratischen Arbeiterverein Leipzig an, der sich vor allem mit Bildungs- und Kulturarbeit befasste.¹² Da sich die SPD den Frauen aber nicht mit spezifischen Angeboten zuwandte, blieb die Zahl der in die sozialdemokratischen Vereine eintretenden Frauen zunächst begrenzt. Ähnlich sah es im Bereich der gewerkschaftlichen Organisation von Leipziger Arbeiterinnen aus, trotz der vereinzelt Teilnahme von Frauen an Arbeitskämpfen in den 1890er-Jahren.¹³ Die Gewerkschaften überließen es weitgehend den wenigen Sozialdemokratinnen, für die gewerkschaftliche Organisation unter den Arbeiterinnen zu werben.¹⁴

Aufgrund dieser unbefriedigenden Situation gründeten im August 1893 sozialdemokratische Frauen einen eigenständigen Bildungsverein für Frauen und Mädchen in Leipzig, der durchaus Zuspruch fand: Waren bei der Gründungsversammlung 120 Frauen anwesend, verdoppelte sich die Mitgliederzahl innerhalb eines Jahres. Als er im Februar 1895 wegen eines Verstoßes gegen das Affiliationsverbot aufgelöst wurde, hatte er 350 Mitglieder. Daraufhin versuchten die sozialdemokratischen Parteivereine den Beitritt von Frauen zu erleichtern, indem sie die Beiträge für weibliche Mitglieder reduzierten und spezielle Angebote für Frauen machten.¹⁵

Im Jahr 1897 wurde in Leipzig mit Auguste Jäger eine der ersten weiblichen Vertrauenspersonen der SPD deutschlandweit gewählt; mit ihrer Hilfe sollte die Werbung für die Sozialdemokratie unter den Arbeiterinnen intensiviert werden.¹⁶ Da die Mobilisierungserfolge bei den Frauen allerdings weiterhin relativ bescheiden blieben, gründeten Sozialdemokratinnen im Februar 1899 einen

10 Schilling, *Frauenbewegung*, S. 23 u. 27.

11 Bericht über die Rede von Auguste Eichhorn am 2. 4. 1892 vor Arbeiterinnen und Arbeitern der Leipziger Buchbindereien in: *Der Wähler*, Nr. 30, 6. 4. 1892.

12 Schilling, *Frauenbewegung*, S. 24–26.

13 Clara Wehmann: Gewerkschaftliche Kleinarbeit der Genossinnen in Leipzig, in: *Die Gleichheit*, Nr. 13, 18. 6. 1902, S. 100–102.

14 Schilling, *Frauenbewegung*, S. 57–68.

15 Ebenda, S. 41.

16 *Leipziger Volkszeitung (LVZ)*, Beilage zu Nr. 33, 10. 2. 1897.

neuen Frauenverein, den Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Leipzigs.¹⁷

Es deuteten sich aber schon früh Spannungen mit der Leipziger Parteiorganisation an: Der Verein wurde als unpolitischer Frauenbildungsverein belächelt und auch keine Delegierte zu den SPD-Parteitag zugelassen.¹⁸ Käthe Duncker, die mit Vorträgen und der Organisation von Diskussionsabenden die Bildungsarbeit in den Vordergrund rückte,¹⁹ kritisierte diese Haltung der Leipziger Parteiführung mehrfach.²⁰ Der Verein, der trotzdem als Parteiverein verbucht wurde,²¹ hatte 1905 etwa 250 Mitglieder.²² Im Mai 1905 löste sich der Verein auf und die Mitglieder traten direkt den in den Stadtteilen und Vororten bestehenden Vereinen der SPD bei. Lediglich die Diskussionsabende der Frauen wurden beibehalten.²³ Diese Reorganisation war Teil der Reformen der Parteistruktur, die auf dem Jenaer SPD-Parteitag 1905 beschlossen wurden.²⁴ Allerdings behielt der Parteitag das System der weiblichen Vertrauenspersonen bei.²⁵ Ende 1905 schätzte die Leipziger Vertrauensperson, Antonie Frenzel, die Anzahl weiblicher Parteimitglieder auf ungefähr 500 bis 600.²⁶ Genaue Angaben über die Anzahl der weiblichen Mitglieder hat die Leipziger SPD-Führung in ihren Jahresberichten erst seit 1907 ausgewiesen (Tabelle 1). Sie machten in diesem Jahr schon mehr als 10 Prozent der gesamten Leipziger SPD-Mitglieder

17 LVZ, Beilage zu Nr. 39, 16. 2. 1899.

18 LVZ, Beilage zu Nr. 210, 11. 9. 1899.

19 Rosa Schmidt: Bericht der Vertrauensperson der Leipziger Genossinnen für das Jahr 1902/1903, in: Die Gleichheit, Nr. 13, 15. 6. 1904, S. 102; Dieter Fricke: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869–1914, Berlin 1976, S. 322.

20 Parteiversammlung für den 12. und 13. Sächsischen Reichstagswahlkreis, in: LVZ, 1. Beilage zu Nr. 66, 20. 3. 1901; Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsens, in: LVZ, 2. Beilage zu Nr. 82, 10. 4. 1901.

21 Ebenda.

22 Antonie Frenzel: Jahresbericht der Leipziger Vertrauensperson, in: Die Gleichheit, 13. 12. 1905, S. 148.

23 Dies.: Tätigkeitsbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Leipzigs, in: Die Gleichheit, Nr. 5, 2. 3. 1908, S. 42.

24 Oeffentliche Frauenversammlung, in: LVZ, 2. Beilage zu Nr. 91, 19. 4. 1905; Frauen und Mädchen, in: LVZ, 5. Beilage zu Nr. 120, 26. 5. 1905; Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1905/06, S. 13–15.

25 Organisationsstatut der SPD von 1905, abgedruckt in: Dieter Fricke: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung 1890–1914, Leipzig 1962, S. 40–48, hier S. 42.

26 Frenzel, Jahresbericht, S. 148.

aus, ein Anteil, der sich bis 1915 fast verdoppelte. Zahlenmäßig besaß Leipzig damit die meisten weiblichen Parteimitglieder in Sachsen.²⁷ Im Jahr 1907 stellten die Leipzigerinnen ungefähr ein Viertel aller in Deutschland organisierten Sozialdemokratinnen; nachdem das Reichsvereinsgesetz von 1908 allen Frauen in Deutschland den Zugang zu politischen Parteien öffnete, sank der prozentuale Anteil: Stellten die Leipziger Sozialdemokratinnen 1908 noch über elf Prozent der in Deutschland sozialdemokratisch organisierten Frauen, waren es 1914 noch knapp fünf Prozent.²⁸

Das Reichsvereinsgesetz hatte zudem Auswirkungen auf die Art, wie Frauen in die SPD eingebunden wurden. Der SPD-Parteivorstand vereinbarte mit den organisierten Frauen, dass alle politischen Sonderorganisationen der sozialdemokratischen Frauen aufgehoben wurden und die Frauen der jeweiligen Parteiorganisation ihres Ortes beitreten sollten.²⁹ In Leipzig ging man noch darüber hinaus und die Parteileitung beendete auch die separaten Diskussionsabende der Sozialdemokratinnen. Es ging ihr darum, den „Dualismus der Frauenorganisation und -Agitation zu beseitigen und die Propaganda unter den Frauen und deren Weiterbildung ausschließlich den politischen Organisationen zu übertragen.“³⁰ Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Leipzig, Richard Lipinski, wollte „die Nebenorganisation der Frauen“ grundsätzlich aufheben, was aber nicht ohne Kritik und erhebliche Gegenstimmen ablief.³¹ Die Funktion der Vertrauensperson wurde ebenfalls abgeschafft.³² Allerdings erhielten die Frauen in der Partei jeweils einen Sitz in den Vorständen der Parteiorganisationen in beiden Reichstagswahlkreisen (Leipzig Stadt und Land) sowie eine Delegation zu den Parteitagen.³³ Das Streben der männlichen SPD-Führung nach Aufhebung weiblicher Sonderorganisationen war nicht spezifisch für Leipzig, es zeigte sich auch andernorts und auf zentraler Ebene.³⁴

27 Schilling, Frauenbewegung, S. 101.

28 Fricke, Arbeiterbewegung, S. 320.

29 Ebenda, S. 326.

30 Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1907/08, S. 48.

31 Ebenda, S. 60 f.

32 Antonie Frenzel: Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Leipzigs, in: Die Gleichheit, 19. Jahrgang, Nr. 2, 26. 10. 1908, S. 26.

33 Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1907/08, S. 14 f. u. 46.

34 Fricke, Arbeiterbewegung, S. 317.

Tabelle 1: Zahl der weiblichen Mitglieder in den Reichstagswahlkreisen 12 und 13 (Leipzig sowie Amtshauptmannschaft Leipzig) 1907–1915³⁵

Jahr	Weibliche Mitglieder	Anteil weiblicher Mitglieder
1895	42	2,9 %
1896	69	4,4 %
1907	2664	11,1 %
1908	3296	12,2 %
1909	3908	14,4 %
1910	4057	14,2 %
1911	5018	15,3 %
1912	5420	14,9 %
1913	5999	15,7 %
1914	8438	18,7 %
1915	8054	19,1 %

Eine zentrale Forderung der Sozialdemokratinnen war von Beginn an die Durchsetzung des Frauenwahlrechts, was auch die Unterstützung der Parteiorganisation insgesamt fand. Auf dem Erfurter Parteitag im Jahre 1891 nahm die SPD das Frauenwahlrecht als allgemeine Forderung in das Parteiprogramm auf.³⁶

Insbesondere im Rahmen der Diskussionen um eine Wahlrechtsreform in Sachsen forcierte die Leipziger SPD seit 1905 den Kampf gegen das 1896 eingeführte Dreiklassenwahlrecht und für das allgemeine und gleiche Wahlrecht inklusive des Frauenwahlrechts.³⁷ Auch für die Leipziger Stadtverordnetenversammlung forderten die Sozialdemokraten die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für alle mündigen Bürger unabhängig vom Geschlecht.³⁸

35 Aus den Berichten des Agitationskomitees der SPD Leipzigs. Die Angaben für 1895 und 1896, in: Karl Czok: Die Stellung der Leipziger Sozialdemokratie zur Kommunalpolitik in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig 11, 1973, H. 1, S. 5–55, hier S. 18.

36 Ute Rosenbusch: Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland, Baden-Baden 1998, S. 308.

37 Schilling, Frauenbewegung, S. 102–104; Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1905/06, S. 7–10, für das Jahr 1906/07, S. 10; Berta Pollender: Die sächsischen Genossinnen im Kampfe um das Wahlrecht, in: Die Gleichheit, 13. 12. 1905, S. 148.

38 Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1905/06, S. 16; Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes der

Allerdings entwickelten die sozialdemokratischen Frauen auch eigenständige Initiativen. Auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 wurde nach dem Vorbild der USA und auf maßgebliche Anregung der Sozialdemokratinnen Clara Zetkin und Käthe Duncker der Internationale Frauentag als Kampftag für das Frauenstimmrecht eingeführt. Vor allem Zetkin setzte sich erfolgreich gegen Widerstände von Seiten der männlichen Parteiführung für die alljährliche Durchführung des Frauentages in Deutschland ein.³⁹

Zum ersten Mal wurde der Internationale Frauentag in Leipzig am 19. März 1911 begangen. Der Anlass führte zu einer starken Mobilisierung von Frauen für die SPD. 3000 Frauen nahmen an einer Frauenversammlung im Leipziger Volkshaus teil. 400 Frauen traten im Zuge der Veranstaltung in die SPD ein.⁴⁰ Der Internationale Frauentag erwies sich auch in den Folgejahren als wichtiges Mobilisierungsinstrument: Am 12. Mai 1912 wurde er in Leipzig unter der Bezeichnung Frauenwahlrechtstag organisiert. Erneut traten aus diesem Anlass viele Frauen der SPD bei.⁴¹ Die Leipziger SPD nutzte den Frauentag auch in den Folgejahren gezielt zur Mitgliederwerbung. 1914 wurde der Frauentag als Teil einer reichsweit durchgeführten „Roten Woche“ organisiert, bei der die Parteierwerber zur Gewinnung von neuen Mitgliedern intensiviert wurde; tatsächlich wurden in diesem Zusammenhang 1780 neue weibliche Parteimitglieder gewonnen.⁴²

Die sozialdemokratischen Aktivistinnen warben seit den 1890er-Jahren auch intensiv für eine gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen und setzten sich für den Arbeiterinnenschutz ein. 1900 bildeten sie unter Führung von Antonie Frenzel eine Kommission, die Beschwerden über widrige Fabrik- und

Sozialdemokratischen Partei Leipzigs im Jahre 1913–14, S. 11 f. u. 79 f.; Gemeindewahl-Programm für die Sozialdemokratische Partei Sachsen, in: Leipziger Kommunal-Politik. Zur Stadtverordnetenwahl 1908, Leipzig 1908, S. 45 f.

39 Wolff, *Unsere Stimme zählt!*, S. 86–89; Bärbel Clemens: *Der Kampf um das Frauenstimmrecht in Deutschland*, in: Christl Wickert (Hrsg.): *Heraus mit dem Frauenwahlrecht. Die Kämpfe der Frauen in Deutschland und England um die politische Gleichberechtigung*, Pfaffenweiler 1990, S. 51–123, hier S. 73–75.

40 Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1910/11, Leipzig 1911, S. 10.

41 Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1911/12, S. 13.

42 Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs im Jahre 1913/14, S. 43.

Arbeitsverhältnisse sammelte und an die Behörden weiterleitete. 1902 wurde innerhalb der Leipziger Gewerkschaften eine Frauenagitationskommission gebildet.⁴³

Sozialdemokratinnen waren zudem vor dem Ersten Weltkrieg zunehmend im Bereich der Wohlfahrt und Fürsorge aktiv. Die Leipziger Parteiführung hat die Aktivitäten der Sozialdemokratinnen im Wohlfahrtsbereich nachdrücklich unterstützt; im Jahr 1913 organisierte sie sogar spezielle Kurse über Erziehungsfragen für die Genossinnen.⁴⁴ Frauen wurden so in den Arbeiterbibliotheken und bei der Unterstützung der Jugendorganisationen eingesetzt. Die Leipziger Sozialdemokratinnen engagierten sich zudem früh für Kinderfürsorge und Kinderschutz. Nachdem 1903 das Gesetz zum „Schutze der Kinder in gewerblichen Betrieben“ erlassen worden war, nahm die SPD-Frauenkonferenz in Bremen 1904 eine Resolution an, die die Genossinnen zur Überwachung des Kinderschutzes anhielt. 1905 forderte Otilie Baader, die Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, alle weiblichen Vertrauenspersonen auf, Kinderschutzkommissionen zu schaffen.⁴⁵ Daraufhin entstand im Februar 1906 in Leipzig eine Kinderschutzkommission, der zu Beginn 13 Frauen angehörten. Sie kämpfte für die Einhaltung des Kinderschutzgesetzes und zeichnete Verstöße dagegen auf. Da sich die Tätigkeit der Kommission rasch ausweitete, wurden im Jahr 1909 bereits 21 Frauen in sie gewählt.⁴⁶

Der SPD-Parteivorstand sah in den Kinderschutzkommissionen ein bevorzugtes Arbeitsfeld der SPD-Frauen, weil sie „durch ihr mütterliches Empfinden für diese Tätigkeit besonders prädestiniert seien“.⁴⁷ Bis zum Jahr 1910 setzte sich die Leipziger Kommission ausschließlich aus Frauen, darunter alle führenden Leipziger Genossinnen, zusammen; im Frühjahr 1910 erfolgte eine Reorganisation durch die Parteileitung und die Gewerkschaftskommission: Die Mitglieder wurden fortan nach Bezirken und Ortsvereinen gewählt. Die Zentralkommission an der Spitze setzte sich aus zwei männlichen Parteimitgliedern, zwei

43 Rosa Schmidt: Bericht der Vertrauensperson der Leipziger Genossinnen für das Jahr 1902/1903, in: Die Gleichheit, Nr. 13, 15. 6. 1904, S. 102 f.; LVZ, 2. Beilage zu Nr. 254, 3. 11. 1902.

44 Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs im Jahr 1913/14, S. 123 f.

45 Luise Zietz: Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen, Berlin 1912, S. 34 f.

46 Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1908/09, S. 40 u. 63.

47 Zietz, Kinderarbeit, S. 35.

Mitgliedern der Gewerkschaften und nur einer Frau zusammen. Die Neugestaltung sollte für eine systematische und flächendeckende Arbeit der Kinderschutzkommission sorgen. Dass Männer die Leitung der Geschäfte übernahmen, weist auf eine gestiegene Bedeutung des Kinderschutzes für das politische Agieren der SPD hin. Um die Ergebnisse der Arbeit der Kommission in politisches Kapital umzumünzen, schienen der Leipziger SPD Männer geeigneter. In der Zentralkommission liefen nun alle Fäden zusammen. Unterhalb der Zentralkommission waren dann vor allem, aber nicht ausschließlich Frauen aktiv, wobei die Mitarbeit der bisherigen Aktivistinnen ausdrücklich erwünscht war.⁴⁸

Das von der Kinderschutzkommission zusammengetragene Material sollte verwendet werden, um im Stadtverordnetenkollegium Druck auf die bürgerliche Stadtverwaltung auszuüben und soziale Forderungen der Sozialdemokratie voranzutreiben. Eine Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern in dieser Frage wurde explizit empfohlen, um die Wirksamkeit der Kommission zu erhöhen.⁴⁹

In der ehrenamtlichen städtischen Wohlfahrtsarbeit wurden Frauen aus der proletarischen Frauenbewegung vor 1914 nicht berücksichtigt, im Gegensatz zu Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung.⁵⁰ Die aus bürgerlichen Schichten stammenden Armenpfleger und die städtischen Behörden wandten sich grundsätzlich gegen eine Beteiligung von Sozialdemokratinnen.⁵¹ Zum einen verteidigten die bürgerlichen Armenpfleger damit ihre Privilegien. Andererseits ging es auch um die grundsätzliche Konzeption der Armenpflege. Die SPD lehnte die Praxis der öffentlichen Armenpflege im Kaiserreich ab, weil sie die Armen diskriminiere. Es ging ihr nicht um die Verteilung von Wohltaten an Arme, sondern um einen rechtlichen Anspruch auf öffentliche Armenfürsorge.⁵²

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges schienen die Spannungen zwischen Stadtverwaltung, bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung erst einmal abzunehmen. Der Leipziger SPD-Vorstand trat der Leipziger Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes bei und forderte die Genossinnen zur Mitarbeit auf.

48 Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1909/10, S. 41–45.

49 Zietz, *Kinderarbeit*, S. 49–52.

50 Thomas Höpel: *Frauenwahlrecht und Demokratisierung in Leipzig 1900–1933*, Leipzig 2020, S. 44–52.

51 Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs im Jahr 1913/14, S. 124.

52 Karen Hagemann: *Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990, S. 603.

Insgesamt 9000 Genossinnen sollten sich laut diesem Beschluss an der Arbeit beteiligen; führende Leipziger Sozialdemokratinnen wurden aufgefordert, in den leitenden Ausschüssen des Nationalen Frauendienstes mitzuwirken.⁵³ Daraus entwickelte sich allerdings keine gleichberechtigte Zusammenarbeit. Der Nationale Frauendienst blieb von den Aktivistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung dominiert.⁵⁴ Ein Grund dafür war, dass sie oft schon zuvor im sozialen Bereich tätig waren und daraus einen Führungsanspruch ableiteten. Die Sozialdemokratinnen erhielten im geschäftsführenden Ausschuss des Frauendienstes keine leitende Position und waren deutlich unterrepräsentiert. Unter den 21 Frauen dieses Ausschusses befand sich nur eine Sozialdemokratin; eine weitere leitete darüber hinaus einen der 16 Leipziger Bezirke des Dienstes.⁵⁵ Schließlich rissen die Klassengegensätze mit dem andauernden Krieg schnell wieder auf, was sich auch in dem fast geschlossenen Übertritt der Leipziger SPD zur USPD im Jahr 1917 offenbarte. Bereits 1914 war die Leipziger SPD dem Kurs der SPD-Führung nicht mit allzu großem Enthusiasmus gefolgt.⁵⁶

Die Sozialdemokratinnen arbeiteten trotz der starken Gegensätze zur bürgerlichen Frauenbewegung im Nationalen Frauendienst mit, um auf diese Weise gegen bürgerliche Herablassung und den bürgerlichen Almosendienst vorzugehen. Viele bürgerliche Helferinnen konnten ihre Vorurteile gegen Unterschichtenfrauen nicht ablegen und versuchten, die Arbeiterfrauen zu erziehen. Die Sozialdemokratinnen suchten dagegen sicherzustellen, dass die Soldatenfrauen tatsächlich die Leistungen erhielten, die ihnen zustanden. So unterstrich der Leipziger Parteivorstand im Bericht für 1914/15: „Eine große Anzahl Genossinnen [...] haben [sic] durch ihre Wirksamkeit manche bürgerliche Geschmack- und Taktlosigkeit beseitigt.“⁵⁷

53 Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1914/15, S. 4–6.

54 Paul Brandmann: Leipzig zwischen Klassenkampf und Sozialreform, Köln/Weimar/Wien 1998, S. 151.

55 Hedwig Tegeler: Soziale Kriegs- und Friedens-Fürsorge in der Stadt Leipzig 1915, Leipzig 1915, S. 151–154.

56 Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1914/15, S. 3 f. u. 8–11.

57 Ebenda, S. 6.

II. Arbeiterfrauen in den städtischen Wahlkörperschaften in Leipzig 1919–1933

Die Durchsetzung des Frauenwahlrechts 1918 wurde von vielen Frauen als große Chance, aber auch als Pflicht begriffen. Parteien, Presse und Frauenrechtsaktivistinnen wiesen unisono darauf hin, dass das Wahlrecht nun auch eine staatsbürgerliche Pflicht sei. Die bürgerliche Presse und Frauenbewegung starteten eine breite Agitationskampagne, fürchteten sie doch, die Frauen würden die sozialdemokratischen Parteien wählen, die zuvor für das Wahlrecht eingetreten waren.⁵⁸ Die beiden sozialdemokratischen Parteien waren sich da aber nicht sicher. Die MSPD veröffentlichte in Leipzig vor den Wahlen zur Nationalversammlung in jeder Nummer ihrer „Freien Presse“ Aufrufe, meist aus der Feder von Frauen,⁵⁹ die die Verantwortung der Frauen für die Zukunft Deutschlands hervorhoben.⁶⁰ Die USPD organisierte vor den Wahlen eine ganze Reihe von Frauenversammlungen, für die sie oft weibliche Parteimitglieder als Referentinnen mobilisierte. Sie erinnerte die Frauen daran, dass die bürgerlichen Parteien ihnen die politische Gleichberechtigung verweigert hätten und erst die sozialistische Revolution sie durchgesetzt habe.⁶¹

Bei den ersten allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen zum Leipziger Stadtverordnetenkollegium stellten die Parteien und Wahllisten auch zahlreiche Frauen auf, um die deutlich in der Überzahl befindlichen Wählerinnen zu gewinnen. Die linken Sozialdemokraten von der USPD erwiesen sich dabei als die eigentliche Frauenpartei. Sie stellten fünf der ersten zehn gewählten weiblichen Leipziger Stadtverordneten. Damit hatten alle weiblichen Kandidaten der USPD ein Mandat errungen.⁶²

Nachdem 1919 besonders viele Frauen kandidiert hatten, gingen bei den folgenden Wahlen die Zahl der Kandidatinnen wie die der gewählten Frauen prozentual wieder zurück. Erst am Ende der 1920er-Jahre wurden prozentual mehr

58 Höpel, Frauenwahlrecht, S. 62–70.

59 Martha Hoppe: Genossinnen, Frauen, Mütter!, in: Freie Presse, Nr. 3, 4. 1. 1919, S. 3; Anna Mosegaard: Zur Frauenagitation, in: Freie Presse., Nr. 4, 7. 1. 1919, S. 5; Anna Bloss: Die Stellung der Frau im Volksstaat, in: Freie Presse, Nr. 5, 8. 1. 1919, S. 5.

60 Wählerinnen, erinnert euch!, in: Freie Presse, Nr. 11, 15. 1. 1919, S. 5; Frauen und Mädchen, habt acht!, in: Freie Presse, Nr. 7, 10. 1. 1919, S. 3.

61 Frauen und Mädchen!, in: LVZ, Nr. 10, 14. 1. 1919; Wen wählen die Frauen?, in: LVZ, Nr. 12, 16. 1. 1919; Auf zur Wahl, in: LVZ, Nr. 14, 19. 1. 1919.

62 Höpel, Frauenwahlrecht, S. 83.

Frauen für die Kandidatenlisten nominiert und in das Stadtparlament gewählt als 1919. Dieser Trend ist auch in anderen Städten und auf nationaler Ebene sichtbar.⁶³ Zudem kam es im Laufe der Weimarer Republik zu einer deutlich gegenläufigen Entwicklung bei den Arbeiterparteien und den bürgerlichen Parteien. Während erstere von 1919 bis 1932 kontinuierlich die Zahl der aufgestellten Stadtverordneten kandidatinnen steigerten und auch eine steigende Zahl von Frauen in das Stadtparlament entsandten, ging bei letzteren die Zahl der zur Wahl stehenden und gewählten Frauen beständig zurück (siehe Abbildung 1).

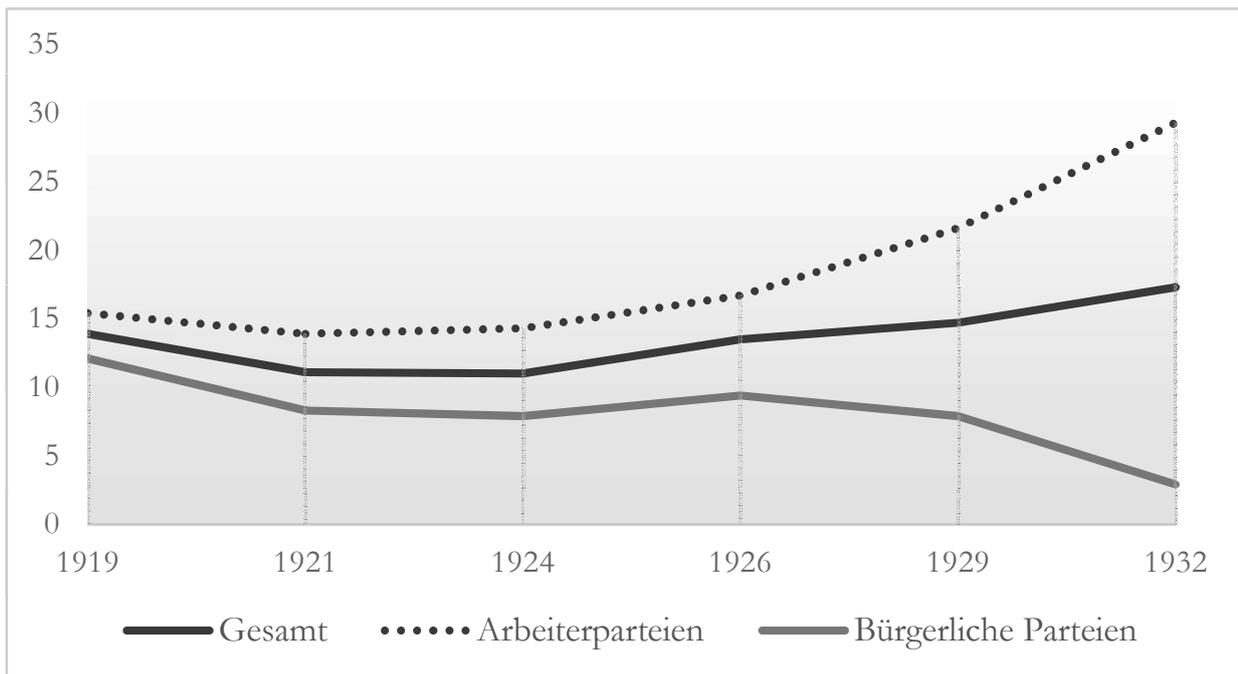


Abb. 1: Anteil von Frauen an den Stadtverordneten in Leipzig 1919–1932 (in Prozent)

Von 1919 bis 1933 wurden insgesamt 43 Frauen in das Stadtparlament gewählt, von denen 28 von Arbeiter- und 15 von bürgerlichen Parteien entsandt wurden. Die Arbeiterparteien brachten nicht nur mehr Frauen in das Stadtverordnetenkollegium, auch wiederholte Kandidaturen waren zahlreicher. Gerade linke Sozialdemokratinnen gehörten länger als bürgerliche Frauen dem Stadtparlament an: Über die Hälfte der 17 Sozialdemokratinnen war mehr als eine Legislaturperiode

63 Ute Gerhard/Christina Klausmann/Ulla Wischermann: Neue Staatsbürgerinnen – die deutsche Frauenbewegung in der Weimarer Republik, in: Ute Gerhard (Hrsg.): Feminismus und Demokratie. Europäische Frauenbewegungen der 1920er Jahre, Königstein 2001, S. 176–209, hier S. 180.

Mitglied. Das ermöglichte eine intensivere und längerfristige Einarbeitung in politische Angelegenheiten, wodurch sie deutlich professioneller agieren konnten. Bei den bürgerlichen Parteien wurde nur ein Fünftel wiedergewählt.

Gerade in den Arbeiterparteien eröffnete die Wahl ins Stadtverordnetenkollegium den Frauen daher die Möglichkeit, sich politisch zu profilieren und für größere Aufgaben zu empfehlen. Je zwei Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen kandidierten nach einer Mitarbeit im Leipziger Stadtparlament erfolgreich für den sächsischen Landtag. Das war bei den bürgerlichen Parteien nicht im gleichen Maße der Fall.

Die Arbeiterparteien schickten in der Regel jüngere Frauen als die bürgerlichen Parteien ins Stadtparlament. 1919 waren sie zwischen 30 und 39 Jahre alt, während die weiblichen Stadtverordneten der bürgerlichen Parteien zwischen 40 und 49 waren. Keine der führenden Sozialdemokratinnen der Vorkriegszeit zog nach 1919 ins Stadtparlament ein. Es handelte sich um eine neue Generation von Aktivistinnen. Die bürgerlichen Parteien dagegen vollzogen diesen Generationswechsel nicht mit. Von den weiblichen sozialdemokratischen Stadtverordneten waren über die Hälfte (zwölf von 19) verheiratete Hausfrauen: Das war weder bei den bürgerlichen Parteien (die hauptsächlich Angestellte entsandten) noch bei den Kommunisten (überwiegend Arbeiterinnen) so. Das scheint die These von Gisela Bock zu stützen, dass die Geschlechterbeziehungen zumindest in der Sozialdemokratie nicht allein durch klassengesellschaftliche Unterschiede geprägt waren.⁶⁴

Die scharfe ideologische Frontstellung von proletarischen und bürgerlichen Stadtverordneten trat aber schon in der Frage der Religion wieder hervor. Mindestens 16 der 28 weiblichen Stadtverordneten der Arbeiterparteien traten nach 1919 aus der Kirche aus. Die ablehnende Haltung gegenüber kirchlichen Einrichtungen schlug sich auch im Kampf gegen kirchliche Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen in Leipzig nieder, die vor und nach 1919 ein Instrument der bürgerlichen Dominanz sowie des Obrigkeitsstaates waren und sozialistische Aktivitäten aktiv bekämpften. Die bürgerliche Frauenbewegung stützte sich in ihrer Arbeit nachdrücklich auf Religion und die Evangelische Kirche in Leipzig.⁶⁵

Die bürgerliche Presse und viele Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung hatten nach der Durchsetzung des Wahlrechts als Ziel definiert, dass die

64 Bock, *Geschlechtergeschichten*, S. 145–152.

65 Anna Ziegler: Unterbezirk Leipzig. Frauenbewegung, in: Jahresbericht des Bezirksvorstandes der SPD Leipzig 1925, abgedruckt in: Mitteilungen des Bezirksvorstandes der SPD Leipzig, Nr. 18, 15. 3. 1926, S. 203.

Frauen einen neuen Geist in die Politik tragen sollten: Sie sollten in der Politik weibliche Prinzipien und den weiblichen „Kultureinfluß“ geltend machen.⁶⁶ Das politische Engagement der Frauen in der Gemeinde sollte sich besonders der Wohlfahrtspflege im weitesten Sinne zuwenden.

Wie verhielten sich die Frauen aus den Arbeiterparteien zu dieser Position? Bei den in Leipzig minoritären Mehrheitssozialdemokraten überwogen konzeptionell eher die Gemeinsamkeiten mit der bürgerlichen Frauenbewegung. Im Laufe des Ersten Weltkrieges war es zu einer Annäherung an die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gekommen, was seit dem Herbst 1917 zu mehreren gemeinsamen Erklärungen und Aktionen führte.⁶⁷ Vertreter der MSPD unterstrichen dies in Leipzig bei einer Versammlung des Deutschen Reichsverbandes für Frauenstimmrecht am 17. November 1918. Die Sozialdemokratin Bertha Pollender leitete die Versammlung und der Arbeitersekretär Otto Mylau (MSPD) hielt das Hauptreferat über „Frauenrechte im Deutschen Reich“. Er betonte dabei, dass die Maxime „Die Frau gehöre ins Haus“ begrüßenswert sei.⁶⁸

Bei den linken Sozialdemokratinnen der USPD sah dies dagegen anders aus. Sie polemisierten gegen die Haltung der bürgerlichen Parteien.⁶⁹ Da die moderne Wirtschaftsentwicklung immer mehr Frauen in Erwerbstätigkeit bringe, sahen sie es als zwingend notwendig an, dass Frauen in der Kommunalpolitik aktiv würden. Diese Mitarbeit sollte zwar in allen Bereichen erfolgen, aber auch die Unabhängigen Sozialdemokratinnen konnten nicht die bestehende Affinität zum Wohlfahrtsbereich ignorieren, weil dies auf Wählerinnen eine besondere Werbewirkung ausüben würde.⁷⁰ Zwar entsandte die linke SPD in Leipzig anteilmäßig fast so viele Frauen ins Stadtparlament wie sie weibliche Mitglieder besaß (Tabelle 2), letztlich spiegelte sich die hohe weibliche Mitgliederzahl in der Parteihierarchie der USPD und der vereinigten SPD aber nicht adäquat wider. Frauen wurden von der Parteiführung besonders für die Werbung bei der weiblichen Wählerschaft als wichtig erachtet.⁷¹

66 Katja Weller: Politik und Weiblichkeit. Beobachtungen zum Politikverständnis in der Frauenbewegung zu Beginn der Weimarer Republik, in: *Ariadne* 40, 2001, H. 12, S. 40–45.

67 Rosenbusch, *Frauenwahlrecht*, S. 426–428.

68 Die Frauen und das Wahlrecht, in: *Leipziger Tageblatt*, Nr. 588, 18. 11. 1918, S. 5.

69 Die Frauen und die Gemeindewahlen, in: *LVZ*, Nr. 250, 25. 10. 1929, o. S.

70 Marie Juchacz: Die Frau in der Kommunalpolitik, in: *LVZ*, Nr. 240, 14. 10. 1929; Jenny Hammer: Frauen, seid auf der Hut!, in: *LVZ*, Nr. 251, 26. 10. 1929, o. S.

71 Jahresbericht des Bezirksvorstandes der SPD. Leipzig 1925, in: *Mitteilungen des Bezirksvorstandes der SPD Leipzigs*, Nr. 16, 8. 6. 1925, S. 136 u. 146 f.

Tabelle 2: Anteil der weiblichen Mitglieder und Stadtverordneten im SPD-Unterbezirk Groß-Leipzig (Leipzig sowie Amtshauptmannschaft Leipzig) 1924–1929

Jahr	Weibliche Mitglieder	Anteil	Weibliche Stadtverordnete
1924	7165	20,2 %	15,8 %
1925	6610	22,3 %	15,8 %
1926	6680	24,1 %	19,2 %
1927	6467	24,5 %	19,2 %
1928	6465	25,4 %	19,2 %
1929	6606	24,7 %	22,2 %
1930	6936	24,7 %	22,2 %
1931	7607	26,1 %	22,2 %
1932			29,2 %

Obwohl die Sozialdemokratinnen auf allen Themenfeldern Mitsprache forderten und die USPD Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf und im Privaten verlangte,⁷² sahen die führenden männlichen Repräsentanten der USPD in Leipzig Wohlfahrtspflege und Fürsorgefragen als vorrangiges Betätigungsfeld für die Genossinnen. Ein Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ über Eckpunkte der Armenpflege der USPD sah im März 1919 Frauen aus der Arbeiterschaft vor allem als ehrenamtliche Armenpflegerinnen sowie besoldete Pflegerinnen vor.⁷³ In einem USPD-Text zur Wohlfahrtspflege von 1921 heißt es explizit: „Die Wohlfahrtspflege bietet ein sehr dankbares Feld für unsere Genossinnen.“⁷⁴

Ganz ähnliche Orientierungen für sozialdemokratische Parteiarbeit von Frauen geben die Berichte der SPD in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre: Genossinnen sollten Frauen für die SPD werben und ansonsten im Bildungs- und Fürsorgebereich aktiv sein.⁷⁵

72 Aktionsprogramm der USPD nebst Resolution zur Internationale und Resolution zur Sozialpolitik, beschlossen am 5. Dezember 1919 auf dem Parteitag zu Leipzig, S. 6 u. 12 f.

73 Die Mängel der Armenpflege in Leipzig, in: LVZ, Nr. 60, 14. 3. 1919; Mangelhafte Armenpflege in Leipzig, in: LVZ, Nr. 61, 15. 3. 1919, o. S.

74 Wohlfahrtspflege und Wohltätigkeit, in: Bezirksvorstand der USPD: Mitteilungen für Gemeindevertreter, Nr. 10, Leipzig, 1. 7. 1921, S. 74.

75 Jahresbericht des Bezirksvorstandes der SPD. Leipzig 1925, in: Mitteilungen des Bezirksvorstandes der SPD Leipzigs, Nr. 16, 8. 6. 1925, S. 145–148; Jahresbericht des Vorstandes und Sekretariats des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Leipzig der SPD 1926, Leipzig 1927, S. 15.

Wichtige Politikerinnen in Leipzig wie Bertha Thiel, Martha Schilling und Johanna Schult waren auch vor allem in diesem Politikfeld tätig, wobei sie sich insbesondere auf eine angemessene Beteiligung der Sozialdemokraten an der bisher von bürgerlichen Frauen und Männern dominierten Armenpflege sowie auf die Zurückdrängung des Einflusses der konfessionellen Fürsorge in der Stadt Leipzig konzentrierten.

Seit Mitte der 1920er-Jahre rückten weitere Sozialdemokratinnen ins Stadtverordnetenkollegium nach. Auch sie arbeiteten vorrangig im Bereich Schule und Wohlfahrt. Zentrale Projekte ihrer Tätigkeit waren die Schaffung einer kostenlosen kommunalen Totenbestattung, die Kommunalisierung der Hebammen sowie die verstärkte sexuelle Erziehung und Beratung durch eine städtische Ehe- und Sexualberatungsstelle, womit die gescheiterte Aufhebung des Paragraphen 218 kompensiert werden sollte.⁷⁶ Die von ihnen vorangetriebenen Kommunalisierungsprojekte im Gesundheitsbereich wurden vom Rat der Stadt und den bürgerlichen Parteien blockiert. Die 1930 auch auf Druck des Landes doch noch geschaffene Eheberatungsstelle erfüllte die ursprünglich von den sozialdemokratischen Verfechterinnen anvisierten Ziele kaum noch: Statt durch Beratung und Verbreitung von Verhütungsmitteln die Geburtenplanung der Arbeiterhaushalte zu erleichtern und damit die hohe Zahl der illegalen gesundheitsgefährdenden Abtreibungen zu senken,⁷⁷ beschränkte sie sich auf eine gesundheitsberatende Funktion künftiger Eheleute.⁷⁸

Die Sozialdemokratinnen gehörten vom Beginn bis zum Ende der Weimarer Republik zu den entschiedensten Kämpferinnen für eine Gleichstellung der Frauen im beruflichen Leben, sowohl was den Kampf gegen niedrigere Löhne und Gehälter als auch den Zugang zu allen Berufsfeldern betraf. Allerdings scheiterten die meisten ihrer Anträge am Widerstand des Stadtrates und der bürgerlichen Parteien. Der größte Erfolg der Sozialdemokratinnen war ohne Zweifel, dass die Wahl der Fürsorgepfleger und -pflegerinnen seit 1923 nicht mehr durch Kooptation, sondern durch die Stadtverordneten erfolgte.⁷⁹

76 Sitzung der Stadtverordneten am 11. 7. 1928, in: Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig im Jahre 1928, S. 931–937.

77 Anfang der 1930er-Jahre sollen die Abtreibungsziffern auf neue „schwindelnde Höhe“ gestiegen sein. Frevert, *Frauen-Geschichte*, S. 182.

78 Brandmann, Leipzig, S. 409 f.; Tätigkeitsbericht über die Jahre 1927/29 der Leipziger Stadtverordneten-Fraktion der SPD, Leipzig 1929, S. 69 f.

79 Brandmann, Leipzig, S. 276–278.

Bei den weiblichen Stadtverordneten der Kommunistischen Partei gab es hinsichtlich ihrer Verweildauer im Stadtparlament deutlich weniger Kontinuität als bei den Sozialdemokratinnen. Von den zehn KPD-Stadtverordneten waren acht nur für eine Legislaturperiode im Stadtverordnetenkollegium. Vier waren bei den Stadtverordnetenwahlen im November 1932 gewählt worden. Sie gehörten dem Stadtparlament nicht einmal zwei Monate an, dann wurde ihre weitere Mitarbeit durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 beendet.

Nach den zahlreichen Abspaltungen und Fusionen zu Beginn der Weimarer Republik fand die KPD nicht zu einer so starken Kontinuität, wie das bei der SPD seit 1922 der Fall war. Das zeigt schon das Beispiel von Anna Schumann, einer der aktivsten kommunistischen Stadtverordneten der 1920er-Jahre, die dem Stadtparlament von 1919 bis 1929 angehörte. Sie trat bei den ersten Gemeindewahlen am 26. Januar 1919 für die USPD an, 1922 trat sie der KPD bei.⁸⁰ 1928 geriet sie in die innerparteilichen Auseinandersetzungen und wurde aus der KPD ausgeschlossen.⁸¹ Aufgrund der Parteiausschlüsse von 1929 musste die KPD 1930 de facto mit einem komplett neuen weiblichen Personal beginnen.

Die KPD entsandte in den 1930er-Jahren bewusst viele Frauen in das Leipziger Stadtparlament (vgl. Tabelle 3), um auf diese Weise ihre Attraktivität für Frauen zu erhöhen. Tatsächlich erhielt die KPD in Leipzig bei den Wahlen von Frauen deutlich weniger Stimmen als von Männern.⁸² Und auch unter den Parteimitgliedern war die Zahl der Frauen gering, weshalb wiederholt eine Intensivierung der Frauenarbeit gefordert wurde.⁸³

80 SächsStA Leipzig, 20036, Zuchthaus Waldheim, Nr. 10286, 14, Urteil in der Strafsache gegen Franz Plath und Genossen, Oberlandesgericht Dresden, 6. 7. 1935.

81 Ebenda; Sitzung der Stadtverordneten am 30. 1. 1929, in: Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig im Jahre 1929, S. 138 f.

82 Höpel, Frauenwahlrecht, S. 96.

83 Für die KPD liegen nur wenige Zahlen über den Mitgliederbestand in Leipzig und den Frauenanteil von 1919 bis 1933 vor. In den Parteitagsberichten wird aber stets die unzureichende Rekrutierung von Frauen bemängelt: Bericht der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens an den 2. Bezirks-Parteitag vom 25.–27. 3. 1932, Leipzig 1932, S. 43 u. 73; Bericht der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei/Bezirk Sachsens an den 3. Bezirksparteitag vom 3./4. 12. 1932, Leipzig 1932, S. 74.

Tabelle 3: Anteil von Frauen unter den Stadtverordneten der KPD

Jahr	Frauenanteil der KPD- Stadtverordneten
1924	14,3 %
1925	14,3 %
1926	13,3 %
1927	13,3 %
1928	13,3 %
1929	22,2 %
1930	22,2 %
1931	22,2 %
1932	29,4 %

Die weiblichen Stadtverordneten der KPD und KPO wandten sich ebenso wie die Sozialdemokratinnen in erster Linie Fragen von Wohlfahrt, Schule und Gesundheit zu und traten aus eigener Erfahrung sehr konsequent für grundlegende Verbesserungen für die Ärmsten ein. Sie verbanden das aber mit einer grundsätzlichen, oft sehr polemischen und wenig konstruktiven Kritik am „Klassenstaat“, der vor allem den Interessen des Bürgertums dienen würde und die ärmeren Volksklassen, insbesondere die Arbeiterinnen und Arbeiter, in Abhängigkeit und Unterordnung halten und ihnen in der Wirtschaftskrise alle Lasten aufbürden würde. Diese Fundamentalkritik an der kapitalistischen Gesellschaft und der Republik wurde von der Parteiführung gefordert,⁸⁴ erschwerte aber die Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Fraktionen.

Die Kommunistinnen engagierten sich zudem nachdrücklich für die Gleichberechtigung der Frauen, und zwar vor allem mit Blick auf die besonders ausgeprägte Ausbeutung der Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft, da Frauen schlechter entlohnt und in Krisenzeiten schneller entlassen wurden als Männer. Sie waren die schärfsten Kritikerinnen der Aushebelung von Frauenrechten seit Anfang der 1930er-Jahre im Rahmen der Doppelverdiener-Kampagne, bei der Frauen verfassungswidrig ihre Arbeitsstellen zu Gunsten von Männern räumen sollten,⁸⁵ und besaßen dabei auch die Unterstützung der Parteifüh-

84 KPD-Bezirksleitung Sachsen (Hrsg.): Richtlinien für die Kommunalpolitische Arbeit, Leipzig 1932.

85 Sitzung der Stadtverordneten am 29. 10. 1930, in: Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig im Jahre 1930, S. 1210–1213; Proletarischer Kampf gegen Erwerbslosigkeit und Heilsrezepte der SPD, in: Sächsische Arbeiterzeitung, 1. Beilage zu Nr. 53, 4. 3. 1930.

rung.⁸⁶ Deshalb, so die Argumentation, seien Frauen den Risiken der Verelendung noch stärker ausgesetzt als Männer, was sich am deutlichsten bei der Frage der Prostitution zeige. Vor allem aus diesen sozialen Gründen kämpften sie ganz konsequent gegen den Paragraphen 218 und die damit einhergehende Kriminalisierung sowie für die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs.

Fazit

Bei der Gegenüberstellung von proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung handelt es sich nicht um ein auf ideologischen Fundamenten ruhendes Trugbild, das insbesondere von Clara Zetkin aus machtpolitischen Gesichtspunkten geprägt worden sei, wie dies Gisela Bock sehr pointiert formuliert.⁸⁷ Sowohl die soziale Lage der Frauen beider Richtungen als auch ihre politischen Einflussmöglichkeiten unterschieden sich in Leipzig erheblich voneinander. Die proletarische Frauenbewegung entwickelte sich in den ersten beiden Jahrzehnten in weiten Teilen isoliert und mitunter belächelt von der SPD und den Gewerkschaften, die trotz des theoretischen Gleichstellungspostulats für die besonderen Bedürfnisse der Frauen kaum Verständnis aufbrachten. Seit 1905 wurden die Frauen zunehmend in die politische Organisation der SPD integriert und ihre Tätigkeit auf das Feld der Sozialpolitik abgedrängt. Sobald mit Fürsorgeaktivitäten, wie im Fall des Kinderschutzes, aber politisches Kapital zu schlagen war, wurde den Frauen die Verantwortung von der SPD und den Gewerkschaften entrissen und in die Hände von Männern gelegt. Frauen wurden von der Parteiführung vor allem als Gehilfinnen der Männer gekennzeichnet und der von Männern etablierten Parteidisziplin untergeordnet, was auch am Parteibeschluss zur Beteiligung am Nationalen Frauendienst im Ersten Weltkrieg deutlich wurde.

Zudem wurden die Frauen der proletarischen Frauenbewegung von städtischen Akteuren im Gegensatz zu Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung konsequent ausgegrenzt. Als die Stadt sich im Zuge des Krieges in zunehmendem Maße im Bereich der Wohlfahrt und Fürsorge auf die Mitarbeit der im Nationalen Frauendienst zusammengeschlossenen Frauenvereine stützte, blieben die formal auch beigetretenen Sozialdemokratinnen marginalisiert. Das

86 Schutzprogramm der KPD für die arbeitende Frau, in: Dokumente der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur Frauenfrage 1848–1974, Leipzig 1975, S. 124–126.

87 Bock, Geschlechtergeschichten, S. 145.

lag nicht nur an ideologischen Differenzen, sondern auch an der fundamental unterschiedlichen sozialen Lage der Frauen aus dem sozialdemokratischen Milieu. Dieser Unterschied offenbarte sich noch einmal mit voller Schärfe bei den gewählten weiblichen Stadtverordneten seit 1919. Auch wenn gerade unter den Sozialdemokratinnen besonders viele Hausfrauen aufgeführt waren, in Bocks Diktion „nicht-erwerbstätige Arbeiterhefrauen“, so waren deren Lebensverhältnisse in vieler Hinsicht prekär. Viele mussten schon vor dem Kriegsausbruch nebenher arbeiten, um bei der Ernährung ihrer Familien zu helfen, zumal die arbeitenden Ehemänner als organisierte Sozialdemokraten von Entlassungen besonders betroffen waren. Der Krieg verschärfte diese Situation, weil die Männer zum Militärdienst eingezogen wurden und viele ihr Leben im Krieg ließen. Nun mussten viele Frauen die Familie allein versorgen, was umso schwieriger war, als die Arbeitslöhne für Frauen selbst bei gleicher Beschäftigung deutlich niedriger lagen als die der Männer. Auf diese Weise wurde für Arbeiterinnen das marxistische Argument von der kapitalistischen Ausbeutung im Arbeitsprozess noch stärker spürbar als für Arbeiter; die Geschlechterbeziehungen dürften gerade daher als besonders klassengesellschaftlich geprägt wahrgenommen worden sein. Selbst die „Nur-Hausfrauen“ innerhalb der sozialdemokratischen Frauenbewegung waren fest in das Arbeitermilieu eingebunden, ihr Leben war von den tiefen Klassengegensätzen der Zeit geprägt.

So zogen die weiblichen Stadtverordneten im Stadtparlament dann auch nur hin und wieder am selben Strang. In vielen Fragen gab es einen deutlichen Dissens zwischen den Frauen aus dem bürgerlichen und dem proletarischen Milieu; u. a. in der Frage, wie weit private und konfessionelle Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen von der Stadt zu unterstützen seien und wie weit die Kommunalisierung im Bildungs- und Fürsorgebereich gehen solle. Auch in der Frage der Förderung der Schulen und der Schüler sowie der Vorsorgeeinrichtungen für Volksschüler offenbarten sich sehr rasch grundlegende Differenzen. Am Ende der Weimarer Republik erwiesen sich die Gegensätze aus Anlass der Diskussion um die Hausangestelltensteuer, gegen die die bürgerlichen Frauenvereine sofort Sturm liefen, als unüberbrückbar.⁸⁸ Die seit Beginn der 1930er-Jahre von den bürgerlichen Parteien geforderten Einschränkungen der Gleichberechtigung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt wurden anfangs lediglich von den Frauen aus der proletarischen Frauenbewegung kritisiert. Erst sehr spät, kurz vor dem Erlass des

88 Sitzung der Stadtverordneten am 26. 6. 1929, in: Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig im Jahre 1929, S. 838.

Gesetzes, das die Entlassung von verheirateten weiblichen Beamten ermöglichte, machten die bürgerliche Frauenvereine in Leipzig dagegen mobil.

Stadtverordnete aus der proletarischen Frauenbewegung engagierten sich, gedrängt von den Parteiführungen, seit 1919 vor allem im Bereich von Sozial- und Bildungspolitik. Darin unterschieden sie sich nicht von den Stadtverordneten der bürgerlichen Frauenbewegung. Presse und bürgerliche Parteien formulierten für sie klar definierte Rollenbilder, die ihre Tätigkeit auf mütterliche Fürsorge und Bildung reduzierten und sie mehr oder weniger stark als Unterstützerinnen der Männer kennzeichneten. Die Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung zeigten sich daher auch nicht so politisch eigenständig, wie das Schaser u. a. konstatiert haben. Sie ordneten sich nicht nur in ihrer Agenda politisch den bürgerlichen Parteien unter, sondern vertraten auch sehr deutlich die Interessen ihrer sozialen Schicht und erwiesen sich damit mitnichten als Vertreterinnen eines gesellschaftsübergreifenden allgemeinen Feminismus.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialistinnen haben sich anders als die weiblichen Stadtverordneten der bürgerlichen Parteien auch klassenübergreifenden Themenfeldern zugewandt, sich für die Gleichberechtigung von Frauen in Beruf, Familie und Sexualität engagiert, selbst wenn sie dabei an der Prioritätensetzung von Stadtrat und bürgerlichen Parteien im Stadtparlament und an weiter dominierenden männlich geprägten bürgerlichen oder religiösen Wertvorstellungen scheiterten. Die Jahre der Weimarer Republik erlaubten einer zunehmenden Zahl von Frauen aus der proletarischen Frauenbewegung sich in Leipzig politisch zu engagieren und zu professionalisieren. Viele dieser Frauen standen nach 1945 dann für den Wiederaufbau in beiden Teilen Deutschlands bereit.